

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)

Kreisvereinigung Dortmund, Postfach 321, Sander 44388 Dortmund, Tel. 0202 45 06 29

**Dokumentation der VVN – Kreisvereinigung Dortmund
zum 70. Gründungstag am 10. Februar 1947**



Seit 70 Jahren VVN Dortmund

Entstehen und Wirken des Bundes der Antifaschisten



Spurensuche nach den Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945.
Mahnwache vor der ehemaligen Villa Springorum im Januar 2017.

Inhalt: Entstehung der VVN an Rhein und Ruhr – 70 Jahre VVN Dortmund, gegründet am 10. Februar 1947
Bilanz von Bündnis Dortmund gegen Rechts – Aufruf „65 plus“

Entstehung der VVN an Rhein und Ruhr

I.

Als die amerikanischen Truppen Mitte April 1945 in das heutige Nordrhein-Westfalen einmarschierten und das Land von den Nazis befreiten, waren die Städte zerstört, die Infrastruktur zusammengebrochen und die Ernährungslage für die Bevölkerung katastrophal.

Viele Menschen waren ohne Bleibe. Familien waren auseinander gerissen, und bei vielen gab es die Ungewissheit über den Verbleib von Angehörigen. Die Einwohner waren zermürbt, aber froh, nicht mehr in die Luftschutzbunker rennen zu müssen. Schon wenige Tage danach wurden vor allem in den Zechen und Fabriken Betriebsausschüsse und antifaschistische Initiativen aktiv. Im Widerstand gegen den Faschismus entstanden, haben sie Sabotageakte der Nazis verhindert und Zerstörungen unterbunden, die schlimmsten Nazis aus den Betrieben geworfen und ein allgemeines Chaos im Untergang der Nazi-Herrschaft verhindert.

Bereits am 23. April 1945 fand in der Anlernwerkstatt der Zeche „Prinz Regent“ in Bochum eine erste Konferenz mit Vertretern aus zehn Zechen, der Ruhr-Knappschaft und der Metallarbeiter statt. Die Versammlung kam überein, als Lehre aus dem Faschismus künftig Einheitsgewerkschaften nach dem Prinzip „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ zu schaffen und für eine umfassende Entnazifizierung einzutreten.

Nachdem das Land an britische Besatzungsbehörden übergang, die Oberbürgermeister und weitere Beamte, später 1946 Landtagsabgeordnete ernannte, bildeten sich schon bald auch auf kommunaler Ebene Ausschüsse mit Vertretern von Parteien, vor allem der SPD, der KPD und des christlichen Zentrum, das später weitgehend von der CDU geschluckt wurde. Aus Betriebsausschüssen bildeten sich neue Gewerkschaften auf örtlicher Ebene heraus. Gewerkschafter und Kommunalpolitiker hatten Maßnahmen zu beschließen, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern, die Trümmerbeseitigung zu verstärken, Wohnraum zu schaffen und den Schulunterricht zu qualifizieren.

Mit dem Vormarsch der alliierten Truppen hatten sich auch die vielen Konzentrationslager, Gefängnisse, Zuchthäuser, Zwangsarbeiterlager geöffnet. Dabei starben immer noch Menschen wegen gesundheitlicher Schäden oder an den Folgen des Hungers. Viele aber wurden befreit und kehrten an Rhein und Ruhr zurück. Sie halfen beim Wiederaufbau und bei der Schaffung demokratischer Strukturen.

Es wurde schnell klar, die Verfolgten und Widerstandskämpfer brauchten eine Organisation, die Hilfe organisiert, ihre sozialen und politischen Interessen vertritt und am Aufbau eines neuen Gemeinwesens teilnimmt.

So entstanden 1945 mit Zustimmung der Besatzungsbehörden in vielen Städten Hilfskomitees für die ehemaligen politisch Verfolgten.

Maßnahmen zur Entnazifizierung

Das politische Klima zu dieser Zeit war, damals auch unterstützt von der britischen Militärmacht, weitgehend antifaschistisch und demokratisch. In Städten und Betrieben herrschte ein antifaschistischer Konsens der politisch tätigen Gruppen und Parteien.

In dieser Zeit gab es weitere Maßnahmen zur Entnazifizierung. So machten Bürgermeister per Plakatanschlag schon ab Juni 1945 die Umbenennung von Straßen bekannt.

Am 13. Jahrestag der Machtübertragung an Hitler hatte der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus Westfalen zu einer Gedenkfeier nach Bochum eingeladen. August Vollmar (Gelsenkirchen) schilderte aus eigenem Erleben die Haft im KZ Buchenwald und forderte dazu auf, die richtigen Lehren aus den beiden Weltkriegen zu ziehen und nicht, wie nach 1918, den militärischen Zusammenbruch zu leugnen.

Der Hauptausschuss für die Opfer des Faschismus ging zu dieser Zeit daran, Gedenkstätten für die Toten zu schaffen. So gab der Ausschuss zur einjährigen Wiederkehr der Morde im Dortmunder Rombergpark, „mit Genehmigung der Militärregierung“, kunstvoll gestaltete Gedenkblätter heraus. Aus dem Verkaufserlös von 10 Reichsmark sollte der Bau von Ehrenmalen in Westfalen unterstützt werden. Auf Drängen der rheinischen und westfälischen Hauptausschusses für die Opfer des Faschismus beschloss die inzwischen ernannte Landesregierung, in Bad Driburg ein erstes Erholungsheim für ehemalige KZ-Häftlinge aus Westfalen zu schaffen.

Im September 1946 erinnerten Antifaschisten erneut mit örtlichen Veranstaltungen, Kranzniederlegungen und Kundgebungen an den Kriegsbeginn vor sechs Jahren sowie an die Opfer des Faschismus. Die erste Woche im September eines jeden Jahres sollte zukünftig den Opfern des Faschismus gewidmet sein, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern „gemartert und gemordet worden sind“, das beschlossen die Komitees ehemaliger politischer Gefangener.

Nach einigen Vorbesprechungen und organisatorischer Vorbereitung trafen sich Widerstandskämpfer und Naziverfolgte, um auf städtischer Ebene einen Zusammenschluss der Verfolgten des Naziregimes zu gründen. Die Zusammenkünfte legten – einer Anregung eines zentralen Treffens in Frankfurt am Main folgend – fest, den Namen: Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) ins Vereinsregister einzutragen.

Nun ging man daran, einen Zusammenschluss mit gleichgerichteten Vereinigungen auf Landesebene zu erreichen und eine „Landesorganisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu bilden“.

Vorbereitungen zur Gründung der VVN/NRW

Am 26. Oktober 1946 kamen in Düsseldorf rund 500 Delegierte und Gäste aus Nordrhein-Westfalen zusammen, um im Auftrag von 50.000 ehemaligen politischen Gefangenen, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes die VVN zu gründen. Der Tagungssaal war geschmückt mit den Fahnen und Wappen von Westfalen und dem Rheinland, sowie mit dem roten Winkel, „dem Kennzeichen jener deutschen Freiheitskämpfer, die sich nicht der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gebeugt“ haben.

Neben dem Ministerpräsidenten Dr. Rudolf Amelunxen waren auch die vier Minister der Landesregierung August Halbfell (SPD), Eduard Kremer (parteilos), Hugo Paul (KPD) und Heinz Renner (KPD), der Oberbürgermeister von Düsseldorf Karl Arnold, der Ministerialdirektoren Dr. Frenkel, die Regierungspräsidenten sowie zahlreiche Landräte, Oberbürgermeister, Stadtdirektoren und Vertreter der Presse erschienen. Der Ministerpräsident dankte den Widerstandskämpfern für ihre Haltung und ihr Beispiel, dafür „schuldet das deutsche Volk und ganz Europa ihnen Dank“, so Amelunxen.

Nach einer Totenehrung und einer Reihe von weiteren Grußreden wurde über die politischen und organisatorischen Aufgaben der VVN referiert und fünf Entschlüsse zu

Fragen wie Wiedergutmachung, der Möglichkeit zur Öffentlichkeitsarbeit und der Verurteilung von Naziverbrechern beschlossen.

Die VVN wählte einen 9-köpfigen und einen „erweiterten Vorstand“ mit weiteren 12 Mitglieder und achtete darauf, dass alle politischen Richtungen und Religionsgemeinschaften vertreten waren. Die Versammlung bestimmte Josef Giboni aus Bochum zum Landessekretär.

Die Gründungsphase der VVN wurde im März 1947 mit der Durchführung einer „interzonalen Konferenz“ in Frankfurt am Main und der Bildung eines „Gesamtdeutschen Rates der VVN“ abgeschlossen.

Von Günter Gleising

II.

70 Jahre VVN Dortmund gegründet am 10. Februar 1947

Informationen zur Tätigkeit der VVN-BdA Dortmund und des Internationalen Rombergpark-Komitees

Von Werner Groß, Lore Junge+, Ulrich Sander und Agnes Vedder

Schon bald nachdem im April 1945 die Morde der Gestapo an den etwa 300 in- und ausländischen Widerstandskämpfern und Gegnern des Nazi-Regimes bekannt geworden waren, begannen Hinterbliebene der Opfer damit, sich zusammen zu finden. Schon kurze Zeit später – wenige Wochen nach den Morden – wurde ein Hinterbliebenen- und Gefangenaussschuss gebildet. Noch vor dem 8. Mai, dem Tag der Kapitulation, tagten in Hörde die ersten gewerkschaftlichen antifaschistischen Gremien. Die Gestapo war geflohen. Um die Verwaltung und Versorgung zu organisieren und Aktionen untergetauchter Nazis zu verhindern, traten antifaschistische Ausschüsse an die Öffentlichkeit.

□ Nach der Entdeckung der Massengräber in der Bittermark und im Rombergpark wurden bekannte Nazis von der US-amerikanischen Besatzungsmacht (später war es die britische) gezwungen, die Ermordeten auszugraben.

□ Die antifaschistischen Ausschüsse nahmen sich sofort der heimkehrenden Emigranten und KZ-Häftlinge an, um ihre Versorgung mit Wohnung, Kleidung und Lebensmitteln zu sichern. Ein Hilfskomitee richtete sich im Stadthaus ein. Dieses Komitee namens „Ausschuß für KZ-Häftlinge“ wurde von der Besatzungsmacht anerkannt und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet. Es bildete ein Verwaltungsorgan mit der Bezeichnung „Kreissonderhilfsausschuß“, dem angehörten: Wilhelm Volk (KPD), Eugen Schwörer (SAP), Ewald Sprave (SPD), später – nach der Rückkehr aus dem Konzentrationslager – kamen als Beisitzer Max Reimann (KPD) und Fritz Henßler (SPD) hinzu. In Vororten bildeten sich Betreuungsausschüsse, die Auskünfte an die NS-Opfer erteilten. Neben der Beratung und Betreuung der Naziopfer und ihrer Angehö-

rigen und Hinterbliebenen war das Anliegen dieser Ausschüsse die Ehrung der Toten. Am 26. August 1945 fand auf dem Hansaplatz eine Trauerkundgebung statt, einberufen vom „Ausschuß für KZ-Häftlinge“. Redner waren: Fritz Henßler (SPD) und Jupp Smektala (KPD).

□ Am Karfreitag 19. April 1946 fand im Rombergpark, an jener Stelle, an der sich heute das Eingangsgebäude zum Zoo befindet, eine Gedenkstunde statt. Der Grundstein zu einem Ehrenmal im Rombergpark wurde gelegt. Es wurde ein Aufruf verbreitet, den so bekannte Antifaschisten unterzeichnet hatten wie Fritz Henßler für die SPD, Max Reimann für die KPD, Heinz Junge für die Freie Deutsche Jugend, Regierungspräsident Fritz Fries, Oberbürgermeister Wilhelm Hansmann, ferner Vertreter der CDU, FDP, der Gewerkschaften, der Falken und zahlreiche andere Vertreter demokratischer und antifaschistischer Organisationen. Am 13. April 1946 hatte die Westfälische Rundschau den Aufruf „Und ihr seid nicht vergessen“ zu dieser Manifestation veröffentlicht. Die Ruhr-Zeitung, Dortmund, veröffentlichte am 20. April 1946 einen Bericht mit längeren Auszügen aus der Rede des stellvertretenden Oberbürgermeisters Hans Kalt (KPD), der namens der Stadt sprach und die Verurteilung des früheren Gauleiters Albert Hoffmann verlangte, der die Opfer der Bittermark und des Rombergparks auf dem Gewissen habe.

□ Am 10. Februar 1947 wird die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Dortmund gegründet. Sie vertritt rund 2000 Opfer und Hinterbliebene. Jüdische, christliche, kommunistische, christdemokratische und sozialdemokratische Vertreter gehören dem Vorstand an.

□ 4. Mai 1947 – unter diesem Datum heißt es in der 1968 vom SPD Unterbezirk Dortmund herausgegebenen Schrift „Anfänge und Entwicklung der SPD in Dortmund“: „68 Mitglieder werden ausgestoßen, weil sie sich

für eine Verschmelzung mit der KPD zur SED eingesetzt haben.“

Unter diesen Sozialdemokraten sind viele, die in der VVN mitarbeiten.

Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung

□ Der Hinterbliebenen- und Gefangenen-ausschuss und die VVN unternahmen große Anstrengungen, die NS-Mörder zu finden und dafür zu sorgen, dass sie vor Gericht gestellt werden. Schon im Verlaufe dieser Bemühungen leisteten sie Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung und Sozialarbeit unter den NS-Opfern. Erna Mörchel, die Frau des ermordeten Bergarbeiters Erich Mörchel, erinnert sich in ihrem Bericht „Aus meinem Leben“: „Die Rente für mich und die Kinder war sehr klein. Als wir im Laufe der Zeit die Summe von 140 Mark bekamen, hatte die Frau von Hermann Göring schon 2.000 Mark Pension“.

□ Die SPD-Führung lehnte im Laufe der Zeit im Vorgriff auf den Kalten Krieg die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit Kommunisten ab und forderte in einem Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Mai 1948 die SPD-Mitglieder in einem „Unvereinbarkeitsbeschluss“ auf, der VVN den Rücken zu kehren und eine „Zentralstelle für politisch verfolgte Sozialdemokraten“ zu unterstützen. Dennoch bleiben viele SPD-Mitglieder der VVN treu, bzw. treten ihr später bei.

□ Die Bundesregierung verfügte in einer vom Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) unterzeichneten Beschluss, vom 19. September 1951, dass niemand im öffentlichen Dienst arbeiten dürfe, der der VVN angehöre. Auch andere Organisationen der Linken sind davon betroffen, so die KPD und die FDJ. Vorher, am 24. April 1951, hatte die Bundesregierung beschlossen, nicht nur die Aktion „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“ zu verbieten, sondern auch die Vereinigungen, die diese Aktion durchführen, so die VVN und die FDJ.

□ Das Innenministerium von NRW verbot den Gemeinde- und Stadträten, sich mit Petitionen zur Remilitarisierung zu befassen, die sowohl von Gewerkschaften als

auch von der VVN in Bürgeranträgen vorgelegt wurden. Der Rat der VVN als bundesweite Organisation, in der auch die VVN der DDR vertreten ist, wird am 26. Juli 1951 von der Bundesregierung verboten und aufgelöst; die Regierung ruft alle Landesregierungen auf, die VVN-Landesvereinigungen ebenfalls zu verbieten, was auch in einigen Ländern geschieht, vorübergehend auch in NRW.

□ Während der Gerichtsverhandlungen 1951-52 gegen die Mörder vom Rombergpark und der Bittermark fanden außerhalb des Schwurgerichtssaals Kundgebungen und Versammlungen besonders von jungen Menschen statt. Der Ausschuss der Hinterbliebenen und Mitgefangenen war Mitveranstalter dieser Kundgebungen. Trotz eisiger Kälte waren am 15. Februar 1952 mehr als 3 000 Dortmunder Frauen, Männer und Jugendliche zu einer öffentlichen Kundgebung auf dem Hansaplatz dem Aufruf dieses Ausschusses gefolgt. Neben dem ehemaligen Major der Luftwaffe von Frankenberg riefen dort Hinterbliebene der Rombergpark-Opfer den Teilnehmern zu: *Die grausigen Ereignisse in der Karwoche 1945 sind eine ernste Mahnung. Es darf nie wieder Krieg und Faschismus geben.* Als etwa einen Monat später, am 16. März, wiederum die Hinterbliebenen zu einer Veranstaltung einluden, da sprachen Jugendliche im Namen ihrer ermordeten Väter und Mütter. Zwei Tage vorher, am 14. März, hatte das Plädoyer des Ersten Staatsanwaltes Stricker begonnen. Er hatte die im Prozess betriebene Antikommunistenhetze kritisiert. Er hatte das Verhalten der Angeklagten angeprangert, die in unzulässiger Weise ihre Aussagen bewusst auf die heutige Situation abgestellt hätten. („Was wollen Sie denn, es waren doch vor allem nur Russen; auch heute geht es gegen die Russen.“) Auf der neuerlichen Kundgebung, die in Dortmund-Hörde stattfand, wurde das Staatsanwalts-Plädoyer aufgegriffen. In der Urteilsbegrün-

dung des Schwurgerichts in Dortmund, die am Freitag, dem 4. April 1952 gegeben wurde, spiegelt sich das Plädoyer des Staatsanwalts kaum wider. Darin sind den Angeklagten viele „mildernde“ Umstände für ihren Massenmord zugute gehalten worden.

Nicht mit Beifall, sondern mit „Unerhört“ und „Pfui“ wurde das Urteil aufgenommen. Niemand wurde als Mörder verurteilt. Es gab nur Gefängnisstrafen bis zu 6 Jahren. Und die wurden nicht einmal voll abgesessen.

Gedenkfeier vor dem Forsthaus im Rombergpark am 12.9.1952

□ Jupp Wiegel aus Hamm sendet am 30.4.52 für die VVN Dortmund einen Beitrag an die Zeitung „Die Tat“, in dem er über den Rombergparkfolgeprozess gegen fünf Gestapo-Täter berichtet.

□ Im Arbeitserziehungslager Hunswinkel haben diese am 4. Februar 1945 14 kriegsgefangene Russen erschossen. Die Russen wurden in eine Grube geführt und durch Genickschuss getötet. Das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei, die zwar eine Beihilfe zum Mord begangen hätten, aber ihnen sei nicht nachzuweisen, „dass sie die Unrechtmäßigkeit auch voll erkannt hätten“.

□ Die Stadt Dortmund genehmigt der VVN Dortmund am 12. September 1952 eine Gedenkfeier vor dem Forsthaus im Rombergpark zu „Ehren der Opfer des blutigen Karfreitags 1945“ mit den Auflagen, keinen geschlossenen An- und Abmarsch vorzunehmen, auf das Zeigen von FDJ-Emblemen zu verzichten, keine hoch- und landesverräterischen Inhalte zu zeigen, in Reden nicht gegen Gesetze zu verstoßen, in Straßen keine Zettel zu kleben – und dies alles gemäß Kontrollratsgesetz, Grundgesetz und „§1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4.2.1933“.

□ Der Vorsitzende Richter Landgerichtsdirektor Anton Rheinländer schreibt am 25. Juni 1953 an die VVN Dortmund und droht ihr ein Strafverfahren an. Rheinländer war 1947 Mitbegründer der VVN Dortmund und führt nun politische Prozesse gegen VVN-Mitglieder, wogegen die VVN Dortmund protestiert hatte. Den Protestbrief, in dem Rheinländer mit antifaschistischen Äuße-

rungen von früher konfrontiert wurde, empfindet er nun als beleidigend.

□ Die VVN hat rechtzeitig und wiederholt gegen das Auftreten neuer SS-Organisationen und SS-Hilfsverbände protestiert. Am 16. und 17. Mai 1953, anlässlich der zweiten westdeutschen VVN-Delegiertenkonferenz der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Dortmund, wandten sich die VVN an das deutsche Volk: „Wie in den Jahren 1932 und 1933 werden Gesetz und Verfassung gebrochen, Friedenskämpfer verfolgt und eingekerkert, Menschenwürde missachtet und das Recht der freien Meinungsäußerung unterdrückt ... Beherzigt die Mahnung des Sozialdemokraten Wilhelm Leuschner vor seiner Hinrichtung: ‚Genossen, vergesst die Einheit der Arbeiterklasse nicht!‘ ... Verteidigt auch heute in gemeinsamen Aktionen Eure sozialen und politischen Rechte. Verhindert einen neuen 2. Mai 1933 – zerschlagt die faschistische Entwicklung durch machtvolle Aktionen. Bildet überall Ausschüsse gegen den faschistischen Terror. Erzwingt das Verbot der faschistischen und militaristischen Organisationen.“ (Dokument Nr. 70, Zur Geschichte der VVN)

□ Am 9. Oktober 1953 richten die VVN Dortmund und die AVS Dortmund (Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten) gemeinsam den Antrag an den Oberbürgermeister, die Stadt Dortmund möge den in der Karwoche 1945 ermordeten Widerstandskämpfern „ein würdiges Mal immerwährender Mahnung setzen.“

Das Mahnmal in der Bittermark soll in das Gewissen aller dringen

□ 1955. Vor allem dem anhaltenden Verlangen der Verbandes der französischen Zwangs-

und Arbeitsdeportierten ist es zu verdanken, dass der Rat der Stadt Dortmund den Bau des

Mahnmal in der Bittermark beschloss und entsprechenden Anträgen von SPD und KPD zustimmte. 1955 hat Max Heitland aus seiner Gefängniszelle heraus seine Aufgaben als Ratsvertreter von Dortmund wahrgenommen. Max Heitland, der schon in der Nazizeit wegen seines Widerstandes in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen hatte, war 1955 in der Ära Adenauer wieder als politischer Gefangener im Gefängnis. Zu den Entwürfen für das Mahnmal nahm er in einem Brief Stellung. Er schreibt darin unter anderem: „Gewiss soll das Mahnmal in der Bittermark in das Gewissen der Besucher dringen, soll ihnen sagen von dem Grauen, dem unerhörten Leid und der Qual der toten Helden. Aber es muss so werden, dass das Verbrechen in der Bittermark und im Rombergpark nicht als Entgleisung der unmittelbaren Täter angesehen wird.“ Es „muss aber auch – und das ist ein dringendes Bedürfnis – vom Kampf gegen den Faschismus künden, es muss auffordern, den toten Heldenkämpfern nachzueifern.“

□ Dortmunder Antifaschistinnen und Antifaschisten unterstützen eine Gedenkkundgebung in Iserlohn „Die Toten mahnen die Lebenden“. Am 18. September 1955 sind mit dabei: Paul Wittlake (Arbeitsgemeinschaft Buchenwald), Hilde Dorenkamp (Hinterbliebenenausschuß der Opfer im Rombergpark, Dortmund), IG Bergbau-Jugend Dortmund, Josef Grimm (Betriebsrat der Zollern-Germania-Schächte Dortmund), F. Wichmann (Betriebsrat der Zeche Minister Stein Dortmund), W. Kaufmann (Betriebsrat der Zeche Hardenberg Dortmund) u.a.

□ Oktober 1955: In einem Brief an die Jüdische Gemeinde, z.Hd. Siegfried Heimberg, bittet die VVN Dortmund darum, sich für die Freilassung des VVN-Präsidenten, des aus

dem öffentlichen Dienst entlassenen Ministerialdirigenten a.D. Dr. Marcel Frenkel einzusetzen, dem „ein hochverräterisches Unternehmen“ vorgeworfen wird. Ein gleiches Schreiben geht an die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten.

□ August 1956: KPD-Verbot. Als die KPD verboten wurde und rund 10.000 Menschen wegen ihrer Gesinnung verfolgt wurden, da waren auch Mitglieder unserer Organisation unter den Opfern dieser Verfolgungen. Darunter Lore Junge aus Dortmund und andere Kameradinnen, die Kinderferienfahrten in die DDR organisierten, was ihnen als Fortsetzung der illegalen KPD ausgelegt wurde. Sie wurden bestraft. Auch Heinz Junge wurde zu Gefängnis verurteilt, weil er versucht hatte, als Einzelkandidat zur Wahl anzutreten. Schon früher war der spätere VVN-Vorsitzende Ernst Marschewski wegen Verstoßes gegen das FDJ-Verbot für 18 Monate eingesperrt worden. Manche aus politischen Gründen verurteilte Antifaschisten, die bereits unter Hitler eingesperrt waren, mussten ihre Entschädigungsrente, die wegen der Leiden als NS-Verfolgte erhalten hatten, zurückzahlen.

□ Am 19. Dezember 1956 schreibt die VVN Dortmund an den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, um den Erlass einer Amnestie für politische Häftlinge zu erwirken. „Die politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des Naziregimes haben ihren leidensvollen Kampf für ein einheitliches und demokratisches Deutschland geführt. Eine politische Amnestie würde nach unserer Meinung das Ziel aller guten Deutschen, die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes nicht nur fördern, sondern auch ein wesentlicher Beitrag zu einer innen- wie außenpolitischen Entspannung sein.“

Die Ermordung von 208 ausländischen Gefangenen

□ Im Dezember 1957 beschäftigte sich das Schwurgericht in Arnsberg in dem so genannten „Warsteiner Fremdarbeiterprozeß“ mit der Ermordung von 208 ausländischen Fremdarbeitern, darunter zahlreiche Frauen und Kindern. Die Mörder, die in bestialischer Weise kurz vor Kriegsschluss wehrlose Menschen umbrachten, wurden zumeist Teil freigesprochen oder zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Vorgeschichte: Vom 20.-22. März 1945 werden 57 ausländische

Zwangsarbeiter aus dem Lager Suttroper Schule in Warstein und aus der Sauerlandhalle auf Befehl des SS-Generals Dr. Kammler erschossen. Es werden auch 71 Arbeiter aus dem Lager Sauerlandhalle geholt und erschossen, andere kamen aus weiteren Lagern. Die Erschießungen erfolgten im Langenbachtal bei Warstein auf dem Gelände Dortmunder Industrieller. Kammler hatte verkündet: „Das Fremdarbeiterproblem wird für die deutsche Bevölkerung existenz-

tenzbedrohend. Wir müssen jetzt Vergeltung üben. Wir müssen die Zahl der Fremdarbeiter dezimieren.“ Nach den Erschießungen und Verschleppungen wurde die Sauerlandhalle in Warstein von der SS angezündet. Französischen Arbeitern gelang es, Tausende eingeschlossene Russen aus der Halle zu befreien (aus den Prozessakten des Prozesses in Arnsberg). In diesem Prozeß wurde auch Ernst-Moritz Klönne, Industriellensohn aus Dortmund verurteilt. Frau Agnes Vedders Mann, Aloyis Karl Vedder, hatte in Entnazifizierungsverfahren Ende der 40er Jahre gegen Klönne ausgesagt, denn er war vordem Dolmetscher in dem Werk des Dortmunder Industriellen Ernst-Moritz Klönne, der an den Warstein-Morden beteiligt war. Die Dortmunder VVN-BdA hat starken Anteil an dem Prozeß genommen.

□ November 1958: Die VVN Dortmund protestiert in einem Schreiben an Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder (CDU, früher SA) gegen dessen Äußerung auf dem Kongreß der Polizeigewerkschaft, die VVN sei „verfassungsfeindlich“. „Die politisch, religiös und rassistisch verfolgten Mitglieder, die in der Dortmunder Kreisvereinigung ohne Unterschied ihrer politischen Überzeugung, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung zusammengeschlossen sind, haben in ihrem Kampf für die humanistischen Ideale des Widerstandes gegen die Barbarei des nationalsozialistischen Unrechtsstaates ungeheure Opfer gebracht.“ Unter ihnen seien Opfer der blutigen Karwoche 1945, ehemalige Häftlinge in den Todesmühlen der KZs, in Zuchthäusern, Gefängnissen und Gestapohöhlen – sie „werden durch solche Äußerungen in der Öffentlichkeit diskriminiert.“ Schröders Äußerung widerspreche der Feststellung des Bundestages, „dass alle, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand entgegengesetzten, sich um das Wohl des deutschen Volkes und Staates ein Verdienst erworben haben.“ Es unterzeichneten für die VVN Dortmund Willi Herzog (ehem. Resistance-Kämpfer), Dr. Joseph Rossaint (führend im katholischen Widerstand) und Hans Schlesinger (ehem. Widerstandskämpfer, Lehrer). – 1960 stellt Schröder einen Verbotsantrag gegen die VVN. Der Antrag wird nicht verhandelt, weil das Bundesverwaltungsgericht sich zurückzieht und nie wieder die Verhandlung aufnimmt, nachdem ein VVN-Mitglied im Zuschauersaal Dokumen-

te über die Nazivergangenheit der Richter verbreitete.

□ Seit Ende der 50er bis Ende der 60er Jahre lebt Dr. Joseph Rossaint in Dortmund. Der ehemalige katholische Geistliche war einer der Anführer des katholischen Widerstandes gegen die Nazis, er hat acht Jahre im Zuchthaus verbringen müssen. Er ist nun Präsident der Bundesorganisation der VVN und nimmt an der Arbeit der Dortmunder VVN regen Anteil.

□ Februar 1959: Die VVN Dortmund veröffentlicht einen enthüllenden Pressebeitrag zum Fall des SS-Offiziers und Mörders bei den Polizeieinsätzen im Osten Braschwitz. Dr. Rudolf Braschwitz, war seit 1933 in SS und NSDAP, zuletzt ab 1943 SS-Sturmbannführer. Nun ist er wieder bei der Polizei tätig – in Dortmund.

□ Am 11. Oktober 1959 veranstaltet die VVN eine Protestkundgebung zu dem Thema: „Steuern wir wieder zum ‚SS-Staat‘? – Macht Schluß mit der Unterwanderung durch die Totengräber der Demokratie“. Der in Dortmund lebende Vizepräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer FIR und langjährige Präsident der VVN, der Leiter des katholischen Widerstandes und langjährige Häftling Dr. Josef Rossaint hält die Rede. Heinz Junge und Willi Herzog legen ebenfalls Dokumente über die Tätigkeit der Dr. Braschwitz und Dr. Menke, ehemals SS-Sturmbannführer und Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes, vor, die nun die Dortmunder Kriminalpolizei leiteten. Die VVN Dortmund hatte zu dieser Kundgebung auch aus Anlaß der immer dreisteren Auftritte der SS die Initiative ergriffen. So hatte SS-General Meyer (genannt Panzermeyer) kurz zuvor erklärt: „Wir nehmen den Staat wie er ist oder wie er sein sollte, wobei wir vor allem und zuerst dankbar sein wollen, dass es ihn überhaupt gibt, und sei er nur ein verfassungsmäßig deklariertes Übergang für kommende Entwicklungen.“ – „Über Panzermeyer“ und die SS-Leute im Dortmunder Polizeipräsidium legt Heinz Junge mehrere Dokumentationen vor. Seine Tätigkeit wird behindert, indem sie als Fortsetzung der verbotenen KPD ausgelegt wird.

Einweihung des Denkmals in der Bittermark

□ Karfreitag 1960 wird das Denkmal in der Bittermark eingeweiht, – es ist wohl einzigartig in Deutschland. VVN-BdA und IRPK (Int. Rombergparkkomitee) betonen später, „dass es dem Anspruch nach einem würdigen und dauerhaften Gedenken an die Karfreitagsmorde gerecht wird.“

□ Am 1. September 1960 erscheint das „Weissbuch der VVN – In Sachen Demokratie“, herausgegeben vom Präsidium der VVN. Es enthält so manche Bezüge zu Dortmund. Es erinnert an die Fälle Braschwitz und Dr. Menke, vom Reichssicherheitshauptamt, jetzt Dortmunder Kriminalpolizei. Eine Publikation der Gewerkschaft ÖTV wird zitiert: „Unverantwortlich erscheint es uns nämlich, den ehemaligen SS-Sturmbannführer, Kriminalrat Dr. Menke, als Leiter der Kriminalpolizei in Dortmund einzusetzen, obwohl den verantwortlichen Herren im Innenministerium die SS-Akte des Herrn Dr. Menke bekannt war und er auf Einspruch der Gewerkschaft ÖTV eben wegen seiner NS-Vergangenheit für eine Ernennung als Leiter des Landeskriminalamtes auch vom Innenministerium aus als nicht würdig befunden wurde. Hierbei fragen wir uns, warum man aber der Bevölkerung im Bereich der Kreispolizeibehörde Dortmund mit einer Einwohnerzahl von 750 000 zumutet, sich der kriminalpolizeilichen Sicherheit eines ehemaligen SS-Sturmbannführers anzuvertrauen? ... Dr. Menke hat also dank seiner Aktivität im Dritten Reich nicht nur einen rasanten Auf-

stieg in einer Berufslaufbahn als Kriminalist erleben können, sondern erfreute sich auch eines großen Wohlwollens seiner SS-Vorgesetzten im Reichssicherheitshauptamt.“ (Zitat aus: Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen – Mitteilungsblatt der ÖTV-Bezirksfachabteilung Polizei v. Sept. 1959) Auch die Justiz wurde durchleuchtet. – So zum Fall Dr. Bruchhaus. „Er war Staatsanwalt beim sogenannten ‚Volksgerichtshof‘ und ist heute Staatsanwalt in Wuppertal. Er hat an Todesurteilen gegen die deutschen Antifaschisten ... Walter Richey aus Dortmund Barop-Hörde, und anderen mitgewirkt.“ Während NS-Opfer keine oder winzige Renten bekamen, sah es bei den alten Nazis besser aus. Dazu das Zitat: „PAGENKOPF, Dr., SA-Obersturmbannführer; NS-Bürgermeister von Dortmund – Erhält 42.000 DM Entschädigung“ (Süddeutsche Zeitung, 30. 8. 1958)

□ Ostern 1960. Das Internationale Rombergparkkomitee nimmt seine Arbeit auf. Bekanntlich waren unter den Ermordeten von Bittermark und Rombergpark auch Antifaschisten aus den umliegenden Städten, wie Lünen, Hagen, Bochum, Lippstadt, Lüdenscheid und Meinerzhagen. Auch hier wurde und wird der Gestapo-Opfer gedacht.

Vertreter aus diesen Städten arbeiten im IRPK mit, ferner Vertreter aus den Ländern, aus den die Opfer stammten.

Die ersten Ostermärsche im Ruhrgebiet

□ Ostern 1961 - Die ersten Ostermärsche im Ruhrgebiet fanden im Jahre 1961 statt und waren von der Beteiligung noch eher bescheiden. VVN-Mitglieder waren von Anfang an dabei. Treffpunkt der Ostermarschierer am Ostermontag war Bochum, von hier aus ging es Richtung Werne zum Marktplatz, wo eine Rast eingelegt wurde, um dann nach Dortmund zum Hansaplatz/Marktplatz zur Abschlusskundgebung zu marschieren. Auf der Dortmunder Abschlusskundgebung des Ostermarsches von

1961 drückten die Teilnehmer in einem „Europäischen Manifest“ ihre Erwartung und Forderung nach „einer Politik ohne Bombe“ aus.

□ Zahlreiche ehemals Verfolgte und Widerstandskämpfer aus den Reihen der Kommunistischen Partei wurden während der Ära Adenauer erneut verfolgt. Die größte Organisation von ehemaligen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, die VVN, sollte 1960 verboten werden. Dank zahlrei-

cher nationaler und internationaler Proteste ist es nicht zum Schlimmsten, zum Verbot dieser Organisation, gekommen. Der VVN-

Verbotsprozeß platzte am 29. November 1962: Die Richter waren alte Nazis.

Die Notstandsgesetzgebung zu Lasten der Demokratie

□ Seit 1968, also seit fast 40 Jahren, ist Gisa Marschefski Generalsekretärin des IRPK. Es war die Zeit, da die VVN in besonderem Maße am Widerstand gegen die weitere Ausbreitung der NPD beteiligt war. Mit Billigung des Dortmunder Polizeipräsidenten und Oberbürgermeisters fanden zahlreiche NPD-Kundgebungen statt, die auf erheblichen Protest der Öffentlichkeit stießen. Die demokratische Öffentlichkeit – vor allem die Gewerkschaftsbewegung – hat zudem in jener Zeit gegen die Notstandsgesetzgebung, d.h. die Grundgesetzänderung zu Lasten der Demokratie – gekämpft.

□ April 1969 - Der Kampf gegen ein weiteres Anwachsen des Neonazismus und die Gefahren von weiteren Wahlerfolgen der NPD für das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik standen im Mittelpunkt der 22. Landesdelegierten-Konferenz der VVN am 20. April 1969 in Dortmund. Sie verwies dabei auf das Urteil des Landgerichtes Hannover, das die NPD als „arbeitnehmerfeindlich, antidemokratisch, neonazistisch und rechtsradikal“ gekennzeichnet hatte. Gefordert wurde das Verbot der NPD und die Verteidigung des Grundgesetzes.

□ Der September 1969 bringt eine Bundestagswahl mit einem Erfolg für Willy Brandts SPD und eine Niederlage für die NPD, der der Einzug in den Bundestag verweigert wurde. Ihr vorläufiger Niedergang beginnt.

Die VVN-BdA hat diese Entwicklung auch mit vielen Aktionen in Dortmund mit er kämpft. In der Folge wird eine neue Ostpolitik nach außen möglich, aber auch die Berufsverbotspolitik nach innen – von der auch Dortmunder VVN-Mitglieder betroffen sind.

□ Mitglieder der VVN-BdA besuchen seit den 60er Jahren z.B. mit Schülern das Mahnmal in der Bittermark, sprechen und diskutieren über den Faschismus, vermitteln Zeitzeugen zu Gesprächen und Vorträgen vor allem in Schulen. Hier möchten wir beispielsweise unsere Kameradin und Präsidentin des IRPK Celin van der Hoek de Vries aus Amsterdam erwähnen. Trotz ihres hohen Alters und der Tatsache, dass sie durch die Hölle von Auschwitz gehen musste, ist sie immer bereit, besonders vor jungen Menschen von ihren Erfahrungen als antifaschistische jüdische Widerstandskämpferin zu berichten. Weitere Aktivitäten der VVN seit jener Zeit: Eintreten für Internationale Entspannung und Frieden, Kontakte zu den sieben Ländern, aus denen Opfer der Rombergpark- und Bittermarkmorde zu beklagen sind: Sowjetunion/Russland, Polen, Belgien, Frankreich, Niederlande, Jugoslawien, Deutschland. (Seit 2005 haben VVN-BdA und IRPK eine Vernetzung mit 60 Orten hergestellt, in denen ebenfalls „Kriegsendphasenverbrechen“ o. ä. zu melden waren.

UdSSR-Widerstandskämpfer zu Gast / Auslandskulturtage / Entspannungspolitik

□ Auslandskulturtage mit der UdSSR finden im Jahr 1973 im Westfalenhallen-gelände statt. Der Widerstandskämpfer aus der Sowjetunion, einst Zwangsarbeiter in Dortmund, Anatoli Aslanow, ist Leiter des sowjetischen Pavillons. Er wird zum Präsidenten des Internationalen Rombergparkkomitee gewählt. VVN und IRPK nehmen starken Anteil an der Entspannungspolitik. Mit Hilfe der Dortmun-

der Antifaschistinnen und Antifaschisten und mit Unterstützung von Oberbürgermeister Günter Samtlebe wird Dortmund zu einem Zentrum des Ringens um die Ratifizierung der Ostverträge und der Verständigung mit dem Osten.

□ Die faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland fanden in den 70er Jahren ihr Ende. Auch die Dortmunder

Antifaschistinnen und Antifaschisten übten stets Solidarität mit den Menschen in jenen Ländern. Der 11. September 1973 war ein neuer schwarzer Tag: Die faschistische Militärjunta siegte in Chile über das Volk. „Der Putsch der Militärjunta in Chile wirft die Frage der faschistischen Gefahren, ihrer Ursachen und ihrer Akteure wie der Rolle des Antikommunismus, auch in unserem Lande, auf.“ So heißt es in einem Aufruf des Internationalen Rombergparkkomitees zum Karfreitaggedenken, der von zahlreichen Persönlichkeiten unterstützt wurde.

□ 1974. Flüchtlinge aus Chile, die nach Dortmund kamen, erfuhren die Solidarität der Dortmunder Demokratinnen und Demokraten.

□ 1981. Das Kuratorium „Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945“ wird gebildet, und zwar auf Einladung des Oberbürgermeisters. IRPK und VVN gehören ihm an. Die VVN: „Es gibt uns die Zuversicht, dass die jährlichen Gedenkkundgebungen am Mahnmahl in der Bittermark weiterhin eine Manifestation zur Erinnerung an die Karfreitagsverbrechen des Nazi - Systems bleiben werden.“ Das Kuratorium gestaltet in einem Gebäude am Westpark (Museum am Westpark) die Ausstellung „Widerstand und Verfolgung 1933 - 1945“, die vorher in kleinerem Rahmen von der VVN als Wanderausstellung gezeigt wurde.

□ Seit Beginn der Wiederaufrüstung ist die VVN in Dortmund aktive Kraft in der Friedensbewegung und bei den Ostermärschen. Oft findet der Ostermarsch seinen Abschluß in Dortmund. Zudem hat der Krefelder Appell mit einer Großkundgebung am 21. November 1981 nach Dortmund geladen. Die Unterschriftensammlung gegen die atomare Nachrüstung bekommt einen erheblichen Schub durch die Demo durch Dortmund.

□ 23. August 1985: Die nazistische Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) versucht, in der Schlosserstraße Nähe Westfalenhütte mit Hilfe der alten neonazistischen „Borussenfrontkader“ ein Zentrum in einer Wohnung zu etablieren. Dies schlug aber fehl. Denn Hunderte Arbeiter besetzen die Straße. Am Eingang zur Westfalenhütte wurde am selben Tag eine Gedenktafel für die von den Faschisten ermordeten Belegschaftsmitglieder enthüllt.

□ 31.3. 1988 - Das Internationale Rombergparkkomitee veranstaltet im legendären Bürgerhaus Parkhaus Barop ein Konzert mit der Gruppe von Esther Bejarano „Erinnern für die Zukunft - Lieder aus dem Widerstand“.

□ November 1988: 50 Jahre Reichspogromnacht. Mahnwachen und Demos der VVN-BdA in Dortmund. Von nun an wird jährlich an die von Goebbels so genannte „Reichskristallnacht“ erinnert.

□ Vom 5. bis 9. Juni 1991. Evangelischer Kirchentag in Dortmund. Die VVN beteiligt sich mit Infoständen und Diskussionsrunden. In einer Diskussionsrunde berichtet Kurt Piehl über die Vorgänge in der Steinwache, über die Verfolgung nichtkonformer Jugend in der Nazizeit in Dortmund, insbesondere der Edelweißpiraten.

□ Am 14. 10. 1992: Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache mit der ständigen Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 - 1945“ wird ihrer Bestimmung übergeben. Nachdem die Sammlung von historischen Exponaten des Widerstandes und der Verfolgung aus dem Besitz von VVN-Mitgliedern bereits seit 1981 in einem Gedenkmuseum der Stadt im Westpark gezeigt wurden, wurde nun die Steinwache am Nordausgang des Hauptbahnhofes als Ort der Dauerausstellung eingeweiht. VVN-Mitglieder stehen als Museumsführer zur Verfügung. Viele Tausend Besucherinnen und Besucher gehen durch die Steinwache, einem ehem. Gestapogefängnis (Hölle von Westfalen). Die VVN gehört dem Kuratorium für die Steinwache an. Mitglieder der VVN sind an der Gründung des Fördervereins Steinwache beteiligt.

□ 1993: Die VVN-BdA Dortmund und ihre Vorstandsmitglieder werden mittels der Schwarzen-Droh-Liste „Einblick“ der neonazistischen AntiAntifa bedroht.

□ September 1993: Die VVN Dortmund beschließt auf ihrer Jahreshauptversammlung ein Papier zum Eingreifen der VVN in die Wahlkämpfe 1994 - und zwar auf antifaschistische Weise. Das Papier wird der VVN-BdA in ganz Deutschland als Empfehlung zugeleitet.

Vorbereitung der Aktionen zum 50. Jahrestag der Befreiung

- Oktober 1994: Die VVN-BdA Dortmund legt einen Aufruf zur Vorbereitung der Aktionen zum 50. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus vor. Sie spricht sich dafür aus, ein Mahnmal für die Opfer der NS-Militärjustiz in Dortmund zu schaffen. Die den Neonazismus verharmlosenden Reden des CDU-Fraktionsvorsitzenden Hovermann werden verurteilt. Die Stadt Dortmund wird aufgefordert, regelmäßig Berichte über die Neonaziszene vorzulegen. Mit der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen wird vereinbart, zur Aufklärung über die Naziszene verstärkt zusammenzuarbeiten.
- Februar 1994: Die VVN-BdA Dortmund nimmt Stellung zu einem Prozess, in dem gegen Neonazis nach Paragraph 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) verhandelt werden soll. Die Staatsanwaltschaft hatte den Prozess beantragt, der nur nach Intervention höherer Gerichte dann vor einem unwilligen Gericht in Dortmund verhandelt wird. Die VVN-BdA forderte die Durchführung des Prozesses.
- Februar 1994: Die VVN-BdA Dortmund erarbeitet ein Papier „Unsere Stadt soll sauber sein“ – Für eine Kommunalpolitik gegen Neonazis, Rechtsextremisten und ihren Nährboden. Das Papier zur antifaschistischen Kommunalpolitik wird der in Essen tagenden antifaschistischen Landeskonferenz am 5. März 1994 vorgelegt und ist eine Handreichung für viele Gruppen im Land.
- 14. April 1995: Gisa Marschefski, die Tochter eines der in der 1945 Bittermark Ermordeten, spricht erstmals für das Internationales Rombergparkkomitee auf der städtischen Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Bittermark. In den Jahren zuvor vertrat die damalige Präsidentin Meta Vannas das Internationale Rombergparkkomitee.
- November 1995: Antifaschisten veröffentlichten Recherchen des Kriminalhistorikers und ehemaligen Kriminalkommissars Alexander Primavesi (siehe Neues Deutschland 23. 10. 95). Dieser hatte herausgefunden: „Allein sieben hohe Funktionäre aus dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin wurden nach 1945 bei der Dortmunder Polizei angestellt, darunter der Chefermittler im Führerhauptquartier gegen die Männer des 20. Juli 1944, Dr. Bernhard Wehner.“ Der stellvertretende Leiter der Dortmunder Kriminalpolizei in den 50er Jahren, Dr. Rudolf Braschwitz, sei im Reichssicherheitshauptamt für das Referat „Bekämpfung des Kommunismus“ tätig gewesen. „Leiter der Kriminalpolizei wurde der einstige Dortmunder Polizeioberst Stöwe, dem versuchter Mord an 30.000 Menschen vorgeworfen worden ist.“ Im Zuge der Kriegsendphasenverbrechen wollten Gauleiter Hoffmann und Polizeioberst Stöwe 1945 Tausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Bergwerken ertränken, was verhindert wurde.
- 29. Mai 1996 - Die VVN-BdA fährt mit einer Delegation zur Manifestation der niederländischen Zwangsarbeiter in Overloon.
- 23. August 1996: Die VVN-BdA veröffentlicht in Dortmund (u.a. Westfälische Rundschau) Enthüllungen über die Versäumnisse der NS-Fahndungsstelle in Dortmund. Sie hatte als Zentralstelle für die Ermittlung gegen NS-Massenverbrechen die Akten des SS-Mörders Erich Priebke verschwinden lassen und hatte – unter Leitung von NS-Juristen – auf vielfältige Weise für die Schonung von Naziverbrechern gesorgt.
- 1. Dezember 1996: Dortmunder VVN-Mitglieder, darunter Hans Franken (Auschwitzüberlebender), treten in Hagen auf einer Veranstaltung auf, bei der der SS-Mörder Hubertus Bicker entlarvt wird, der nach seiner Verurteilung in den Niederlanden jahrelang in Westdeutschland unbehelligt leben konnte.
- Dezember 1996: Veröffentlichungen der VVN-BdA im WDR über die Teilnahme Dortmunder Polizisten an den Morden der NS-Polizeibataillone.
- 30. Januar 1997: Veranstaltung der VVN-BdA aus Anlass des Jahrestages der Machtübertragung an Hitler, bei der 1933 auch

Dortmunder Industrielle mitwirkten. Es wird gefordert, die Springorum-Straße in Paul-Mainusch-Straße umzubenennen.

□ September 1997: Bürgerantrag u.a. der VVN-BdA an den Rat der Stadt Dortmund. Es wird gefordert, dass sich die Stadt gegen den Bau des Eurofighters wendet. Der Bürgerantrag wird angenommen.

□ November 1997: Pressekonferenz der VVN-BdA und des Internationalen Rombergparkkomitees zur Begegnung mit einem bisher unbekanntem ehemaligen Zwangsarbeiterkind, das sich aus der Ukraine meldete und im Krieg bei deutschen Antifaschisten versteckt wurde. Tatjana

Schkolenko aus Kiew wurde als Kind mit ihrer Mutter von der Wehrmacht nach Dortmund verschleppt und vegetierte in einem Lager in der Nähe des Sunderweges, während ihre Mutter Zwangsarbeit leisten musste. Als sie schwer erkrankte, sprach ihre Mutter verzweifelt ihr unbekannte Deutsche an, die das Kind Tatjana zu sich nahmen und bis zum Kriegsende gesund pflegten. Tatjana Schkolenko wurde von nun an Mitglied des Internationalen Rombergparkkomitees. Dort trifft sie auch Irmgard Gau, geborene Obertin, wieder. Die Familie Obertin hatte Tatjana gerettet. Die katholische Maximilian Kolbe-Stiftung hatte Irmgard Gau auf Bitten von Tatjana Schkolenko ausfindig gemacht.

Großveranstaltung „Europa der Kulturen“

□ 25. November 1997. Das Dortmunder VVN-Mitglied und Vorsitzende westfälischer jüdischer Gemeinden, Hans Frankenthal, wird auf der Bundesversammlung des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln zum Bundesvorsitzenden gewählt.

□ 12./13. Dezember 1997: Großveranstaltung „Europa der Kulturen“ zum Abschluss des Jahres gegen Rassismus in der Westfalenhalle. Die VVN-BdA unterschreibt den Abschlussaufruf der u.a. vom DGB gestalteten Veranstaltung.

□ 14. November 1998. Deutsch-Griechisches Solidaritätstreffen in Dortmund. Auf Einladung der VVN-BdA kommen Vertreter der Opfergemeinden aus Griechenland nach Dortmund, berichten über das Schicksal als Opfer der Massaker der Gebirgstruppe 1942 bis 1944. Es spricht u.a. der führende griechische Widerstandskämpfer Manolis Glezos. Gemeinsam wird Wiedergutmachung verlangt und die Bestrafung der Täter gefordert.

□ 1. April 1999: Das Internationale Rombergparkkomitee tagt erstmals in einer Situation, da Deutschland wieder Krieg führt.

Das Komitee protestiert und stellt fest: „Jeden Respekt vor der Geschichte Jugoslawiens verweigernd und gegen deutsche Verfassung, Nato-Vertrag, KSZE-Vertrag und UNO-Charta verstoßend, beteiligt sich Deutschland an einem Aggressionskrieg gegen ein Gründungsmitglied der UNO. Wir Opfer des NS-Regimes und Antifaschisten verschiedener europäischer Länder protestieren ...“

□ 2000: Die VVN-BdA ist Mitbegründerin und aktives Mitglied des Bündnisses Dortmund gegen Rechts. Ostern 2000 hatten sich erstmals seit Jahren wieder Neonazis in Dortmund in größerer Zahl versammelt und hatten ausländische Kinder geschlagen. Die Gründung des Bündnisses und Mahnwachen und Demonstrationen sind die Antwort.

□ Juli 2000: Der Neonazi Michael Berger ermordet in Dortmund und Waltrop drei Polizisten und erschießt sich dann selbst. Obwohl die Neonazis einen Aufkleber verbreiten mit dem Text: „Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland“ wird das Verbrechen von der Justiz als unpolitisch eingestuft, die Ermittlungen gegen Bergers Hintermänner werden gar nicht aufgenommen.

Viele Tausend Menschen gegen den Aufmarsch der Neonazis

□ Am 21. Oktober 2000 und 16. Dezember 2000 kommt es zu Naziaufmärschen in

Dortmund. Einem Aufruf folgend, demonstrieren viele Tausend Menschen dagegen.

Hunderte Jugendliche werden bei beiden Protestaktionen von der Polizei eingekesselt und wegen ihres demokratischen Protestes kriminalisiert.

□ 2000/2001: Wir weisen in Aktionen darauf hin, dass Tausende Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Dortmunder Betrieben, vor allem den Zechen und Stahlwerken, im Krieg Sklavenarbeit leisten mussten. Wir treten für ihre Entschädigung ein. Wir laden einige von ihnen wiederholt nach Dortmund ein.

□ Die VVN-BdA fordert Denkmalschutz für das Lagergelände des ehemaligen Auffanglagers der Stahlindustrie und der Gestapo an der Hermannstr./Hoesch-Emschertor in Hörde. Von hier sind 1945 viele Opfer zur Erschießung in die Bittermark gebracht worden, darunter zwei Jüdinnen und viele Russinnen.

□ Anlässlich zum März 2001 geplanter neuer Naziaufmärsche in Dortmund entscheidet das oberste Verwaltungsgericht von NRW, jenes in Münster: „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den

Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren.“ Damit wird der Aufmarsch der Nazis verboten; allerdings hat das Bundesverfassungsgericht diese Entscheidung rückgängig gemacht und die Naziaufmärsche als Äußerungen „missliebiger“ Meinungen verharmlost und zugelassen. In Petitionen an den Landtag fordert die Dortmunder VVN das Parlament und die Landesregierung auf, sich den Spruch des OVG Münster zu eigen zu machen. Der Petitionsausschuss des Landtages begrüßte den OVG-Beschluß (dessen Aktenzeichen: Az 5 B B 585/01). Der Ausschuss befürwortete ein entschiedenes Vorgehen gegen Neonazis und wies zugleich zustimmend auf die entsprechende umfangreiche Rechtssprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster hin.

□ Am 16. März 2002 genehmigt die Polizei einen großen „Musik-Event“ der Neonazis. Der Öffentlichkeit wird die Zusammenarbeit von Polizei und Nazis bei der Durchführung des „Konzertes“ in Form einer Geburtstagsfeier verschwiegen. Die VVN-BdA wie viele andere demokratische Gruppen protestiert in einem Brief an den Landtag.

Strafanzeige gegen die Neonaziband Oidoxie und Weiße Wölfe

□ 1. Februar 2003 in Dortmund: Konferenz antifaschistischer Initiativen, Organisationen und Bündnisse aus NRW im Dietrich-Keuning-Haus. Der DGB-Landesvorsitzende Walter Haas sendet ein Grußwort. Die Mitwirkung von Zeitzeugen wie Heinz Junge, Henny Dreifuss, Valentin Frank, Lore Junge, von Experten wie Ulla Jelpke, Alfred Schobert (DISS) und Kurt Heiler (VVN Aachen) wird stark beachtet. Es werden Aussagen zum Vorgehen gegen den anwachsenden Antisemitismus gemacht. Die Ergebnisse werden in den Antifaschistischen Informationen vom Mai 2003 dokumentiert.

□ 12. 3. 2003: Die VVN-BdA erstattet Strafanzeige gegen die Mitglieder der Dortmunder Neonazibands „Oidoxie“ und „Weiße Wölfe“. Zuvor passierte dies: Ein von der Polizei erlaubter und geschützter Nazi-Aufmarsch zielt auf einen Versammlungsraum, in dem eine Antifaveranstaltung stattfand, in der unsere Kameradin Lore

Junge über Widerstandskämpfer sprach, die den Karfreitagmorden zum Opfer gefallen sind.

□ September/Oktober 2003: Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ wird in Dortmund gezeigt. Die VVN-BdA arbeitet im Forum der Ausstellung mit und richtet Veranstaltungen zum Thema mit aus. Im Rahmen der Eröffnung der Ausstellung kommt es am 20. 9. 03 zu Demonstrationen gegen Nazis, die die Ausstellung stören wollen. Eine der Demonstrationen findet vor der Staatsanwaltschaft am Gerichtsplatz statt. VVN-BdA, Griechische Gemeinde und Bundesverband für die Opfer der Militärjustiz überreichen dem Oberstaatsanwalt für die Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Massenverbrechen 200 Fälle von Gebirgsjägern der Wehrmacht, die an Massakern gegen die Zivilbevölkerung in Griechenland und Italien teilgenommen haben.

Die „Scherbenspur“ zum Andenken an die Pogromnacht

□ Im Rahmen der Wehrmachtsausstellung organisieren Dortmunder Antifaschisten eine Fahrt zum ehemaligen Kriegsgefangenenlager Stalag VI A in Hemer. Sie legen einen Kranz zu Ehren der rund 20.000 sowjetischen Kriegsgefangenen nieder, die hier ums Leben kamen.

□ Bei der Gedenkveranstaltung „Scherbenspur“ zum Andenken an die Reichspogromnacht senden die Teilnehmer am 9. November 2004 ein Schreiben an die Landesregierung. Der Brief, der von der VVN-BdA initiiert wurde, befasste sich mit dem ungeheuerlichen Tabubruch von Bochum, wo es am 26. Juni den Neonazis erlaubt wurde gegen den Bau einer Synagoge mit einer antisemitischen Hetzkundgebung anzugehen.

□ Am 7.12.04 und am 11. 1. 05 tagte die Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Dortmund und beschloss ein Papier, das sowohl auf der Landes- wie Bundeskonferenz der VVN-BdA Zustimmung fand: „Gefahr aber droht nicht nur durch ein Erstarren des Rechtsextremismus sondern auch durch weitere Fehlentwicklungen auf staatlicher Ebene: Fortschreitender Demokratieabbau, „Umbau“ des Rechtsstaates, Tolerierung faschistischer Umtriebe ... Schließlich die neue Europaverfassung: Sie bedeute den "Abschied vom Grundgesetz" und Festschreibung des neoliberalen Kurses und der Militarisierung der Innen- und Außenpolitik. Die Rechtsentwicklung manifestiert sich auch in der Bundeswehr.“ Wir fordern: „Durchsetzung des Prinzips „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss des OVG NRW, Az 5 B B 585/01)“ Ferner: „Stärkung des Bündnisses gegen Sozialabbau und antisoziale Hochtüchtigkeit, der Bewegung der Montagsdemonstrationen und der Gewerkschaftsaktionen im Lande, denn Hartz IV und Agenda 2010 sind der Weg in eine Vergangenheit, in der den Nazis mit ihren sozi-

aldemagogischen Positionen das Vorankommen auf dem Hintergrund von Sozialabbau und Beseitigung demokratischer Rechte erleichtert wurde.“

□ Am 24. und 25. März 2005 tagte das Internationale Rombergparkkomitee im Rathaus, und hatte aus Anlaß des 60. Jahrestages der Befreiung von Krieg und Faschismus die Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Städte zu Gast, in denen es ebenfalls Kriegsendphasenverbrechen wie in Rombergpark und Bittermark gab (z.B. Penzberg und Gardelegen). Es wurde eine Vernetzung dieser Städte und ihrer antifaschistischen Gruppen verabredet. Verabschiedet wurde eine gemeinsame Erklärung.

□ Ostermontag 2005 wird ein junger Familienvater aus der Punkszene von einem Anhänger der neonazistischen Kameradschaften erstochen. Die Justiz bezeichnet den Vorgang als unpolitisch und verurteilt den 17-jährigen Täter nicht wegen Mord. Die VVN-BdA protestiert und zeigt sich solidarisch mit den Freunden des Opfers Thomas Schulz, genannt „Schmuddel“.

□ September 2005: Die Naziszene veranstaltet einen „Antikriegstag“. Sie darf zum Krieg hetzen, denn es heißt „nie wieder Krieg – nach unserm Sieg“. Die Anzeige der VVN-BdA gegen die Urheber der Kriegshetze und des Antisemitismus („die Angehörigen des gelobten Landes sind nach unserm Sieg im Himmel“) wird vom Generalstaatsanwalt in Hamm nicht für ausreichend angesehen.

□ Im Jahre 2006 – wie schon drei Jahre zuvor – ist die VVN gemeinsam mit der IG Metall sehr erfolgreich mit einer Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“: Sie wird in der Volkshochschule, in einer Gesamtschule und in einem Falken-Heim gezeigt.

Deutsche Kriegsverbrechen in Griechenland

□ 2006: Die VVN-BdA Dortmund tritt nun schon seit vier Jahren bei der Dortmunder NRW-Zentralstelle für NS-Massenverbrechen dafür ein, dass die Kriegsverbrecher der Ge-

birgstruppe, die Tausende griechische Zivilisten und italienische Kriegsgefangene ermordeten, zur Rechenschaft gezogen werden. 2003 (während der „Wehrmachtsausstellung“) war

diese Stelle der Staatsanwaltschaft schon einmal aktiv geworden, aber im Sinne der Gebirgsjäger und gegen den VVN-Sprecher Ulrich Sander, dessen Computerarchiv zweiundeinhalb Jahre lang beschlagnahmt wird. Ein im Juli 2006 nach München abgegebenes Verfahren gegen einen Gebirgsjäger, der auf der griechischen Insel Kephallonia mitgemordet hat, wird von der bayerischen Justiz eingestellt.

□ Auf der Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Dortmund am 15. Oktober 2006 wird ein Bericht von Ursula Richter entgegengenommen, die für die VVN-BdA im Bündnis Dortmund gegen Rechts mitwirkt. Sie berichtet: „Hervorzuheben ist, dass die Kampagne des Bündnisses gegen den Naziladen Donnerstag erfolgreich angelaufen ist mit Unterschriftensammlung und Demo mit 1500 TeilnehmerInnen. Ersatz- und Zusatzanmietungen für den Laden der Nazis konnten verhindert werden. Die Nazis bei ihren Aufmärschen zu stoppen – wie es der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus angekündigt hatte – verwirklichte sich nicht. Das Bündnis bleibt Gesprächsbereit, wenn auch die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis (so am Antikriegstag) nicht einfach war und ist. Positiv ist auch ein Wochenendworkshop zu nennen.“ Schwerpunkte der weiteren Arbeit: „Aufklärung, Antifagesprache, Aktionen nach eigenen Initiativen und Gegenaktionen gegen die Nazis. Wiederholt gab es Provokationen der Nazis, die sich nachhaltig – vor allem durch die Bildungsarbeit des Bündnisses – gestört fühlen.“

□ Am 15. November 2006: Veranstaltung des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte (Köln) in Dortmund-Marten (Zwar-Gebäude) zur sozialen und pflegerischen Betreuung von älteren NS-Verfolgten und Opfern. Die VVN-BdA ist neben Jüdischer Gemeinde und Gedenkstätte Steinwache Mitveranstalter. Worum geht es bei dieser Veranstaltung? Mehr als 60 Jahre nach Kriegsende sind die Überlebenden der NS-Verfolgung zunehmend auf Unterstützung im täglichen Leben angewiesen. Gleichzeitig bringt der Alterungsprozess bei vielen ein Wiederaufleben alter Traumata mit sich. Der Bundesverband

Beratung und Information für NS-Verfolgte e.V. möchte mit seinem Projekt „Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter“ die Pflege als auch die Angebote in der Altenhilfe für NS-Verfolgte verbessern und erweitern. Die Informationsveranstaltung des Projekts richtet sich an Angehörige und an Beschäftigte in der Altenpflege. Es werden anhand von Impulsreferaten besondere Aspekte in der Versorgung von NS-Verfolgten vermittelt.

□ Dezember 2006: Ein dreiundeinhalb Jahre zuvor gestellter Strafantrag der VVN-BdA gegen die Nazibands Oidoxie und Weiße Wölfe kommt nach Absprachen zwischen Nazianwälten und Gericht nicht zustande. Der Prozeß droht zu platzen, nachdem der Innenminister einem V-Mann Aussageverbot erteilte. Das V-Mann-System zum Nutzen der Nazis!

□ Am 6. 2. 2007 teilt das Stadtplanungsamt der Stadt Dortmund der VVN-BdA mit, dass im Raum Pfortnerloge/Emschertor an der Hermannstr. in Hörde im Rahmen der Umgestaltung des Geländes zu einem See in geeigneter Weise eine Stätte des Gedenkens an die Insassen und Opfer des hier im Kriege befindlichen Auffanglagers für Zwangsarbeiter geschaffen werden soll. Damit würde ein langgehegter Wunsch der VVN-BdA und anderer Antifaschistinnen und Antifaschisten erfüllt. So hatten die Naturfreunde Kreuzviertel im Februar 2004 erklärt: Sie unterstützen „die Initiative des Rombergparkkomitees und der VVN-BdA nach Errichtung einer Gedenkstätte für die Zwangsarbeiter auf dem ehemaligen Gelände (Pfortnerloge) von Thyssen-Krupp-Stahl in Hörde. Die Erinnerung an die unter der Naziherrschaft beim Dortmund-Hörder-Hüttenverein durchgeführte Zwangsarbeit und an die unmenschlichen Opfer darf nicht im neu zu schaffenden Phönix-See untergehen. Insgesamt sollte die Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Zwangsarbeit während der Nazizeit mehr Platz in der Öffentlichkeit eingeräumt werden. Deshalb fordern wir als Ausstellungsform und Information die Einbeziehung dieser besonderen Thematik.“

Der 60. Geburtstag der VVN-BdA in Dortmund

□ Anfang 2007: Die VVN Dortmund begeht ihren 60. Gründungstag und bereitet sich – wie schon seit Jahrzehnten – auf die Karfrei-

tagsveranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Bittermark und des Rombergparks vor, ferner auf den Ostermarsch für Frieden, Ab-

rüstung, gegen Atomwaffen, für Demokratie. Der VVN-Geburtstag wird in der Westfälischen Rundschau ausführlich gewürdigt. (Mit Fotos und Chronologie.)

□ 12. Februar 2007: Die Dortmunder VVN-BdA startet die Aktion „NPD-Verbot jetzt“. Am Ende der bundesweiten Aktion sind später 175.000 Unterschriften gezählt worden.

(Ende des Berichtes vom Februar 2007 – es folgt die Fortsetzung, die im Januar 2017 aufgeschrieben wurde.)

□ 5. März 2007: Ältere Antifaschistinnen und Antifaschisten rufen in Dortmund angesichts verstärkter Naziaktivitäten auf: Stellen Sie sich den Nazis in den Weg.

der VVN-BdA ist das Buch herausgebracht worden. Es berichtet über die Kriegsendphasenverbrechen wie es sie in Dortmund, aber auch in hunderten weiteren Orten gab. Das Buch ist die erste Publikation zum Thema. Das Internationale Rombergparkkomitee veranstaltet Lesungen daraus.

□ 28. März 2007: Nazis kündigen für den 1. Mai eine gewerkschaftsfeindliche Provokation an. Bei einer Tagung des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus erklärt ein „Experte“ der Uni Bremen: Man soll sich nicht so sehr sorgen wegen der Naziaktivitäten. Die Urteile des Oberverwaltungsgerichts Münster gegen Naziaktionen werden abqualifiziert.

□ 30. Dezember 2007: Eine Veröffentlichung aus dem Buch von Gustav Luntowski über „Hitler und die Herren an der Ruhr“ wird unter dem Titel „Geheimnis aus der Ruhrlade“ von der VVN-BdA präsentiert. Für den 7. Januar 2008 wird eine Mahnwache am ehemaligen Standort der Villa Springorum angekündigt, wo die Hitler fördernde Ruhrlade tagte.

□ Am 17. November 2007 wird das Buch „Mörderisches Finale“ (Ulrich Sander) über die Kriegsendphasenverbrechen im Reich und bei Dortmund vom Verlag ausgeliefert. Mit Hilfe

Die Tätergruppe der Industriellen wird erstmals in den Blick genommen

□ Die Westfälische Rundschau vom 8. Januar 2008, Lokales Dortmund, veröffentlicht ein Foto von der Mahnwache an der Ecke Hainallee/Eintrachtstr. vom 7. Januar 2008 in Dortmund. Gezeigt wird u.a. das Schild mit der Heartfield-Grafik von 1932 „Millionen stehen hinter mir – Der Sinn des Hitlergrußes“ und mit der Inschrift: „Hier an der Ecke Hainallee/Eintrachtstraße in der Villa Springorum trafen sich am 7. Januar 1933 Franz von Papen und führende Ruhr-Industrielle, um die Machtübertragung an Hitler herbeizuführen. Viele Ruhrindustrielle unterstützten bereits vor 1933 die Ziele der Nazis. Sie profitierten von Krieg, Faschismus und Holocaust.“

der Bittermark auf der Gedenkkundgebung. Sie kann die Familienangehörigen von Leon Chadirac begrüßen, die aus Frankreich gekommen sind, nachdem das Schicksal ihres Vaters und Großvaters nach vielen Jahren aufgeklärt werden konnte. Er gehörte zu den Rombergparkopfern von 1945 und hat in Lippstadt in einem Großbetrieb Widerstand geleistet. Gisa Marschefski berichtet außerdem vom „Zug der Erinnerung“, der im Februar auf dem Dortmunder Hauptbahnhof über die Ermordung jüdischer Kinder und anderer Verbrechen informierte. 7000 Menschen haben die Ausstellung dort besucht. Darunter 80 Schulklassen, die mit Zeitzeugen zusammen trafen.

□ 16. Februar 2008: Die VVN-BdA Dortmund startet mit einem Antrag an die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW die Aktion Rallye für die Spurensuche nach den Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945.

□ 5. Juni 2008: Die Westfälische Rundschau berichtet über die Schaffung eines zivil-militärischen Krisenzentrums in Dortmund, die u.a. von der VVN-BdA u.a. enthüllt wurde. Es werden dort für Katastrophen- und anderen „Großschadensereignissen“ (auch Streiks im öffentlichen Dienst) die zivilen Stellen (auch die Stadtverwaltung) unter das Kommando der Bundes-

□ Am Karfreitag, 21. März 2008, spricht Gisa Marschefski (Generalsekretärin der Internationalen Rombergparkkomitees) in

wehr gestellt. „Das muss alle Demokraten | aufs höchste alarmieren.“

Die ältere Generation meldet sich zu Wort. „Wir haben es erlebt“

□ 5. September 2008: Es erscheint der Aufruf der „Aktion 65 plus“ unter dem Motto der Senioren „Wir haben es erlebt! Nie wieder!“ Die Senioren planen die Blockade der Naziaktion vom 6. September. An diesem Tag führen sie eine Gruppe von 700 Personen an, die trotz Verbots zur Jüdischen Gemeinde ziehen und die Nazis gewaltlos abwehren. Die Polizei schreitet nicht gegen die Senioren ein. (Der Text „65 plus“ ist dieser Dokumentation angehängt.)

□ Oktober 2008: Die Koordinierungsstelle für Vielfalt und Toleranz – gegen Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus“ ist im Dortmunder Rathaus eingerichtet worden. Dazu sagte Ula Richter (VVN-BdA): „Die Koordinierungsstelle hat sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen antifaschistischen Kräfte in der Stadt zu bündeln und so die Gegenwehr wirksamer zu machen. Sie zieht damit die Lehren aus der Geschichte, dass nur gemeinsamer Widerstand stark ist. Wir werden nach Kräften daran mitarbeiten.“ Ula Richter sagt dies auf der Gedenkveranstaltung am 18. Oktober auf dem Nordmarkt. Sie erinnert an den Blutsonntag in der Nordstadt vor 76 Jahren, als die Nazis in das Arbeiterviertel eindrangen und die Polizei zwei unbeteiligte Einwohner erschoss und 14 verletzte. Polizeipräsident war Karl Zörgiebel (SPD).

□ 25. Oktober 2008: Auf Einladung der VVN-BdA und der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges treffen sich in Dortmund (in der Steinwache und dann im Reinoldinum) überlebende Opfer des kalten Krieges, um für ihre Rehabilitierung einzutreten. 10.000 politische Häftlinge aus den Reihen der KPD wie auch aus

der Friedensbewegung, aus sozialistischen und Gewerkschaftsjugendgruppen und aus der FDJ sind in den 50er und 60er Jahren inhaftiert worden, vor allem weil sie gegen die Wiederbewaffnung eintraten.

□ 3. Februar 2009: Ulrich Sander präsentiert im Plenarsaal des Rathauses der Stadt vor dem Kulturausschuss den Antrag, am Standort der ehem. Springorum-Villa eine Mahntafel anzubringen. Der Antrag wird abgelehnt. (Später wiederholt.)

□ August 2009: Protest der Dortmunder VVN-BdA gegen die Werbung für den rechtsextremen Filmemacher Karl Höffkes (Oberhausen) in der Westfälischen Rundschau. Die WR hatte dazu aufgerufen, Filmmaterial über die Zeit vor 1945 dem Höffkes zur Verfügung zu stellen. Höffkes wehrt sich gegen unseren öffentlichen Protest, verliert aber am 29. Juni 2010 in Berlin den Prozess gegen die VVN-BdA.

□ 29. August 2009: Im Alter von 86 Jahren stirbt Lore Junge, die seit Gründung der VVN in Dortmund im antifaschistischen Sinne tätig ist. Mit Büchern und Vorträgen hat sie über die Naziverbrechen aufgeklärt. Für die Verständigung mit der DDR wirkend, wurde sie in den 60er Jahren zu Gefängnis verurteilt. Dortmund zeichnete sie mit dem Ehrenring der Stadt aus.

□ September 2009: Das Bundesverfassungsgericht erlaubt eine neonazistische Aktion des „Nationalen Antikriegstags“. Die VVN-BdA unterstützt eine Aktion der „Aktion 65plus“, mit der ältere Menschen, sich auf ihre Erfahrungen beziehend, für Blockaden gegen Nazis tätig werden. (Siehe oben.)

Rombergparkkomitee und Förderverein Steinwache vereint

□ Karfreitag 2010. Gisa Marschefski spricht letztmalig für das Internationale Rombergparkkomitee auf der traditionellen Karfreitag-Gedenkkundgebung in der Dortmunder Bittermark. (Geplant ist die Zusammenlegung des Komitees mit dem Förderverein Steinwache). Sie würdigt noch einmal die Tatsache, dass hier vor 50 Jahren das beeindruckende Mahnmal geschaffen wurde.

„Es mahnt uns, so etwas nicht noch einmal zuzulassen.“ Sie mahnt, Schluss zu machen mit dem Krieg in Afghanistan „Krieg darf kein Mittel der Politik sein!“ Am 1. Mai 2009 sei die Maidemo des DGB von Nazi-Kolonnen gewaltdtätig angegriffen worden, daher: „Wehrt Euch!“ Sie dankt der Naturfreundegruppe Kreuzviertel. Auch in diesem Jahr hat sie hierher den Heinrich Czerkus

Gedächtnislauf organisiert. Czerkus war ein Widerstandskämpfer und Borusse und wurde von den Nazis 1945 ermordet.

□ August 2010: Nazis planen, den Antikriegstag 1. September zum Jubel über den Überfall auf Polen 1939 zu missbrauchen. Die VVN-BdA unterstützt Proteste dagegen. Dies sei Volksverhetzung, doch das Bundesverfassungsgericht erlaubt die Hetzveranstaltung am 4. September. Hinterbliebene der Steinwachenopfer melden sich protestierend zu Wort (in einer Dokumentation veröffentlicht).

□ 9. November 2010: In einer Veranstaltung der VVN-BdA am Emschertor an der Hörder Hermannstraße erinnert die VVN-BdA an die Reichspogromnacht von 1938 und stellt ein provisorisches Schild zur Erinnerung an die im Auffanglager des Dortmund Hörder Hüttenvereins gequälten und dann in der Bittermark ermordeten Russen, Jüdinnen und Zwangsarbeiter auf. Gefordert wird: Der authentische Ort darf nicht im geplanten Phönix-See versinken.

□ Die VVN-BdA verurteilt am 27. November 2010 ausländerfeindliche Aktionen in Hacheney gegen ein dortiges Lager zur Unterbringung von Flüchtlingen. Agnes Vedder wird auf einer Jahreshauptversammlung zur Vorsitzenden und Pfarrer Hanno May zum Sprecher der Organisation gewählt.

□ 27. Januar 2011: Das Bündnis Dortmund gegen Rechts und die VVN-BdA Dortmund zeigen aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung von Auschwitz und des Jahrestages der Machtübertragung an Hitler (30.1.33) erstmals in NRW den Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“.

□ Im April 2011 kann festgestellt werden, dass das Gedenken an die Opfer der Karfreitagmorde von 1945 nunmehr ohne die Beteiligung von Zeitzeugen aber mit einem gemeinsamen Gremium eindrucksvoll weitergegangen ist. Es bewährte sich, dass sich das „Internationale Rombergparkkomitee“ mit dem „Förderverein Gedenkstätte Steinwache“ zusammenschloss und so gleichberechtigter Partner der Stadt Dortmund ist. Am 22. April findet so die Erinnerungsarbeit bei der Großkundgebung in der Bittermark eine würdige Fortsetzung.

□ Im Mai 2011: Die Landesregierung sendet „Andi 3“ an die Schulen, und zwar als Lehrmaterial in Comic-Form. Die Broschüre des Verfassungsschutzes stellt Faschisten und Antifaschisten auf eine „extremistische“ Stufe und diffamiert die weit verbreitete Losung „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ als eine die Grundrechte beeinträchtigende verfassungsfeindliche Äußerung. Die VVN-BdA fordert die Zurücknahme dieser Broschüre.

□ Ende Juni 2011: Die VVN-BdA bittet den Landtag in NRW, nicht in Ferien zu gehen bevor eine Petition gegen das Treffen der Nazis behandelt wurde, das diese zum 72. Jahrestag des Überfalls auf Polen in Dortmund planen.

□ Am 9. September 2011 stirbt unser Freund und Kampfgefährte Wladimir Gall in Moskau. Er war wiederholt in Dortmund, auch als Gast bei Filmveranstaltungen mit dem Film „Ich war 19“, in dem seine mutige Tat zur Rettung sowjetischer Bürger und deutscher Zivilisten aus der Spandauer Zitadelle im Frühjahr 1945 gezeigt wird.

Mahntafel zu Kirdorf wird beschlossen – doch wann kommt sie?

□ Einem Antrag der VVN-BdA zur Aufstellung einer Mahntafel an der Kirdorf-Siedlung in Dortmund-Eving wird in der Bezirksvertretung am 14. September 2011 einstimmig zugestimmt. Es soll der Industrielle Emil Kirdorf angeprangert werden, der finanziell und politisch Adolf Hitler unterstützte.

□ 2. Oktober 2011: Im Alter von 91 Jahren verstarb in Amsterdam Celine van der Hoek-de Vries. Ihre Freunde aus der VVN-BdA und aus dem Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Romberg-

parkkomitee trauern um die Überlebende des Holocaust und langjährige Präsidentin des Internationalen Rombergparkkomitees. Sie war sehr oft als Zeitzeugin in NRW unterwegs.

□ Die 30. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen wird am 28. Januar 2012 in der Dortmunder Fachhochschule durchgeführt. Es referiert u.a. der Generalsekretär der Föderation des Internationalen Widerstandes (FIR), der Historiker Dr. Ulrich Schneider.

□ Juni 2012: In einem Briefwechsel von Oberbürgermeister Ullrich Sierau mit der VVN-BdA sichert er zu, dass Jugendliche unter 18 nicht mit Hilfe Dortmunder Meldeämter von der Bundeswehr angeworben werden dürfen. Er würdigt, dass die VVN-BdA sich „zum Schutz der Jugendlichen vor den Folgen eines militärischen Einsatzes“ betätigt.

□ 19. August 2012: Wir übergeben dem Polizeipräsidium ein Exemplar der Drohliste „Einblick“, mit der Neonazis seit 20 Jahren ihren Terror gegen bestimmte Personen propagieren. Offenbar war auch dies Material, das der Polizei bekannt sein musste, im Zuge der NSU-Vertuschungen geschreddert worden, denn die Beamten waren erstaunt.

□ 3. September 2012: Die VVN-BdA Dortmund kann eine Bilanz des erfolgreichen Wirkens gegen Rechts ziehen, das seinen Höhepunkt darin fand, dass das Bundesverfassungsgericht erstmals einen Naziaufmarsch in Dortmund untersagte.

□ Am 6. November 2012 tagt die Jahreshauptversammlung der VVN-BdA. Einer der Beschlüsse lautet: *Die VVN-BdA Dortmund setzt sich in politischen Gremien, in Schulen und Hochschulen, bei Internet- und Zeitungsredaktionen und in sonstigen Zusammenhängen für die Ächtung des Begriffs „sozial schwach“ als Bezeichnung für von Armut betroffene Menschen ein. Stattdessen sollen die Begriffe „wirtschaftlich schwach“, „finanziell schwach“, „von Armut betroffen“ oder „arm“ verwendet werden.... Der Begriff „sozial schwach“ ist unpräzise und stigmatisierend.“*

□ Am 28. Dezember 2012 wird auf einer Pressekonferenz das Buch „Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945“ (Hg. Ulrich Sander mit Hilfe der VVN-BdA) vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit wird auch eine Antwort an Stadtrat Jörg Stüdemann auf seinen Brief vom 22.10.12 präsentiert. (Er hatte unsere Forderung nach einer

Mahntafel an der ehem. Villa Springorum abgelehnt). Eine Mahnwache am Platz der ehem. Villa Springorum wird für den 7. Januar 2013 angekündigt.

□ Im Jahr 2012: Einen Film „Verboten verfolgt vergessen“ über die Opfer des Kalten Krieges konnte die VVN-BdA mit auf den Weg bringen.

□ 7. Januar 2013: Bei der Mahnwache an der Hainallee wird ein erneuter Bürgerantrag für eine Mahntafel an jenem Ort präsentiert, wo seinerzeit Franz von Papen mit den Mitgliedern der Ruhrlade die Ergebnisse des Treffens Hitlers mit dem Vertreter der Wirtschaft, Bankier von Schroeder, (Köln, 4.1.33), besprach, d.h. die Planung für die Machtübertragung an Hitler fortsetzte, die dann am 30. Januar 1933 erfolgte. (In gleicher Angelegenheit traf sich Hitler am 7. Januar in Mülheim mit Emil Kirdorf.) Damit setzt die Kreisorganisation ihre am 7. 1. 2008 begonnene Aktion im Rahmen der Rallye Spurensuche „Verbrechen der Wirtschaft 33-45“ fort.

□ Am 7. Mai 2013 im Dietrich-Keuning-Haus treffen sich die „Kinder des Widerstandes“. Manche von ihnen gehen regelmäßig in Schulen, und zwar als Zeugen der Zeitzeugen. Ihre Eltern und Großeltern wurden von den Nazis verfolgt, mißhandelt, getötet. Später wurden Überlebende in der Zeit des Kalten Krieges selbst verfolgt. Mitwirkende sind heute: Reinhard Junge, Gisa Marschewski, Günter Bennhardt und Traute Sander. Im Keuninghaus treffen sie sich als ein Erzählcafé.

□ Am 9. Juli 2013 hat die Bezirksvertretung Innenstadt-Ost beschlossen, eine von der VVN-BdA beantragte Mahntafel abzulehnen, die das Wirken der Ruhrlade, einer antidemokratischen Geheimorganisation von Industriellen, anprangern sollte. Sie hatte am 7. Januar 1933 beschlossen Hitler und seine Partei an die Macht zu bringen. Ihr äußerst rechter Lieblingspolitiker Franz von Papen sollte Vizekanzler werden, was auch geschah.

Unterschriften gegen „Die Rechte“

□ Im Oktober 2013: Ula Richter hat die Initiative zu einer Unterschriftenaktion gegen die angebliche Partei „Die Rechte“ ergriffen. Und

gleichzeitig tat sie etwas, worauf viele schon lange gewartet haben. Die Aktivistin und Künstlerin stellte ihre Bilder aus! Und zwar auf

einer Homepage – als Dauerausstellung. Man schaue auf www.nrw.vvn-bda.de und <http://www.ularichter.de/> sowie im Einzelnen http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1163_ula_richter.htm

□ 15. Januar 2014: Das neue Jahr fängt gut an mit der Fortsetzung der Filmseminare der VVN-BdA Dortmund. Diesmal der Spielfilm von Egon Günther „Der Dritte“. Im Laufe des Jahres sollen auch filmisch die Themen „Chile“ und „Erster Weltkrieg“ behandelt werden. Die Filmveranstaltungen waren im Frühjahr 2013 gestartet worden und zwar mit „Wege zum Ruhm“ von Stanley Kubrik.

□ 7. März 2014: Beteiligung an der Aktion ‚Schicksale Dortmunder Juden werden recherchiert‘. "Wenn Ihr nicht vergesst, werde ich schweigen können", hatte der Historiker, Auschwitz- und Zwangsarbeitsüberlebende Marian Turski bei der Eröffnung einer Zwangsarbeitsausstellung im März 2012 in Dortmund gesagt. Die Historikerin und VVN-BdA-Kreissprecherin Iris Bernert-Leushacke knüpft daran an, als sie jetzt ihre Recherche zu jüdischen Schicksalen in Dortmund vorlegt. Sie spricht anlässlich des Auschwitz-Gedenktages (27.1.) am 25. 1. in der Dortmunder Innenstadt.

□ Mit der neuen Ausstellung "Neofaschismus in Deutschland", mit Unterschriftensammlungen gegen die Nazibande, genannt "Partei Die Rechte", mit zahlreichen Diskussionen - mit dabei FIR-Generalsekretär Dr. Ulrich Schneider - sowie mit der Präsentation der Gruppe "Kinder des Widerstandes" beteiligt sich die VVN-BdA am 28./29. Juni

2014 im Dortmund Revierpark Wischlingen am „Unsere Zeit“-Pressefest. Die VVN-BdA rief mit auf zum verstärkten Widerstand gegen die Einführung von Kampfdrohnen.

□ 1. Juli 2014. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts gibt eine Erklärung ab zum Bericht des NRW-Innenministers zu den Vorkommnissen am 25. Mai 2014 am Rathaus. "Hätten der Innenminister und seine Kollegen ihre Arbeit gemacht und die Partei ‚Die Rechte‘ als das entlarvt, was sie ist, eine Tarnung der verbotenen Kameradschaften, und ein Verbot auf den Weg gebracht, müssten Dortmunder Demokrat/innen ihr Rathaus nicht gegen diese kriminelle Bande verteidigen." Zugleich protestierte das BDgR gegen die Zumutung des Innenministers Ralph Jäger (SPD), hinzunehmen, dass nun vor allem gegen Demokraten wegen der Tumulte am Rathaus in Dortmund am Wahlabend ermittelt wird.

□ 5. September 2014: Flagge zeigen gegen Rechts, aber auch gegen den Krieg, darum geht es am Antikriegstag und in der darauf folgenden Woche (1.-5.9.14) in Dortmund. Dort, wo Nazis seit Jahren mit „nationalen Antikriegstagen“ provozierten, wurde ihnen ab 2007 von den Gewerkschaftern der Platz genommen, - und in diesem Jahr mußten die Nazis erstmals auf ihren Aufmarsch verzichten. Auch die Nachfolgeorganisation "Die Rechte", die sich anstelle verbotener Organisationen etablierte, bekommt den Widerstand der Demokraten zu spüren. Sie tritt in dieser Woche nicht in Erscheinung, und für ihr Verbot werden viele Hundert Unterschriften an der Katharinentreppe gesammelt.

Opfer des § 175 gedenken der Verfolgten – Solidarität mit Flüchtlingen

□ 8. September 2014: Eine SLADO-Gedenkveranstaltung an der Steinwache. „123 Jahre lang hat der Paragraph 175 Homosexuellen das Leben zur Hölle gemacht,“ erklärte die Schwulen- und Lesbenorganisation. Der 1. September steht nicht nur für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1939, sondern auch für die Verschärfung des Paragraphen 175 durch die Nazis im Jahr 1935, der Homosexualität unter Strafe stellt. „Gezielt wurde schwule Männer verfolgt und in Konzentrationslager gesteckt“, erinnerte Frank Siekmann von SLADO. Nur

wenige hätten diesen Terror überlebt. Die VVN BdA begrüßte die Veranstaltung.

□ Nicht Noske, sondern Goldstein soll geehrt werden, fordern wir, und die „Ruhrnachrichten“ berichten darüber am 28. November 2014 unter der Überschrift „Kämpfer für Menschenrechte“. Kurt Goldstein, Widerstandskämpfer und Holocaustüberlebender aus Dortmund-Scharnhorst, soll ein Straßename gewidmet werden. Am 3. November wäre er 100 Jahre alt geworden.

□ Am 31. März 2015 gibt es wieder das Gedenken an Thomas „Schmuddel“ Schulz. Am 28. März jährte sich zum zehnten Mal der Tod von Thomas Schulz, einem Punk, genannt Schmuddel. Er wurde von einem 17jährigen Nazi erstochen. Zur Erinnerung an diese Tat sind rund 700 Nazis mit Genehmigung der Justiz in Dortmund aufmarschiert, um die Opfer der Neonazis zu verhöhnen. Zugleich fanden Protestaktionen gegen den Aufmarsch statt, an denen über 2000 Menschen beteiligt waren. Im Rahmen der Veranstaltungen des Tages riefen das Bündnis Dortmund gegen Rechts und die VVN-BdA am Tatort des Mordes an der U-Bahnstation Kampfstraße zu einer Gedenkveranstaltung auf. Für die Veranstalter sprach Ula Richter.

□ 7. Mai 2015 „Die besten Vertreter des deutschen Geisteslebens wurden vertrieben“. So erinnert die VVN-BdA Hamm, die zur Dortmunder Kreisorganisation gehört, an die Bücherverbrennung der deutschen Faschisten im Mai 1933. Am und um den 10. Mai 1933 herum inszenierten die deutschen Faschisten in 93 Städten als öffentliches Schauspiel die Verbrennung der Werke vieler tausend Bücher von Autoren, die sie seit Jahren wegen ihrer humanistischen, demokratischen oder sozialistischen Gesinnung bzw. wegen ihrer jüdischen Herkunft bekämpften.

□ Seit Mitte 2015 ist die Solidarität mit den Flüchtlingen ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit gemeinsam mit dem BdGR geworden. Allerdings können das BDGR und dem Verein „Flüchtlingspaten“ keine kontinuierliche Flüchtlingsarbeit leisten. Einzelne VVN-BdA-Mitglieder helfen bei der Sprachausbildung und bei Rechtsberatungen. Es werden im Rahmen von BDGR kleine und größere Feste und Ausflüge organisiert. So werden Flüchtlinge aus ihrem schweren Alltag herausgeholt und erfahren Solidarität.

□ 30. August 2015: Dortmunder Neonazis werden wegen des "Heidenau-Rabatts" angezeigt. Das heißt: Nazis bieten Stahlkugeln und andere "Utensilien" an, die Rechte in

Heidenau/Sachsen und anderswo gegen Flüchtlinge und Antifaschisten einsetzen können. Der WDR berichtet in Funk und TV über eine Anzeige der VVN-BdA gegen die Dortmunder Naziszene: Eine Rabatt-Aktion in einem rechtsextremistischen Internetversand könnte juristische Konsequenzen haben.

□ 9. September 2015: Eine Broschüre über das Wirken der alten Nazis im Ruhrgebiet ist wieder erschienen. Zahlreiche Juristen und Polizisten waren schon vor 1945 im Dienst. „Wer sind die wahren Totengräber der Freiheit?“, heißt die Broschüre mit dem Untertitel „Die Antwort von Heinz Junge“. Sie wurde 1960 herausgegeben, um der antikommunistischen CDU-Aktion „Rettet der Freiheit“ etwas von links entgegenzusetzen. Örtlicher Repräsentant dieser rechten Bewegung war ein Staatsanwalt aus Dortmund, der sich nicht nur beruflich, sondern auch in der Freizeit als Kommunistenjäger betätigte. Heinz Junge wies nach, dass jener Staatsanwalt bereits in der Nazizeit im Dienst war, und mit ihm zahlreiche Polizisten und Juristen, die nun wieder in Dortmund, aber auch in anderen Städten von NRW für „Recht und Ordnung“ sorgten – und zwar auf ihre Weise.

□ Am 11. November 2015 endet die Polizeiausstellung „Ordnung und Vernichtung“. Die Polizei im NS-Staat diente dem Verbrechen und nicht der Verbrechensbekämpfung, so wird verdeutlicht. Die Ausstellung soll ab April 2016 im Polizeipräsidium Dortmund ihren endgültigen Standort erhalten. Für Dortmund wurde sie um sechs Tafeln über die Polizeigeschichte in Dortmund von 1933 bis 1945 ergänzt. Im Katalog wird die Ausstellung mit diesem Text vorgestellt: „Die Polizei war ein zentrales Herrschaftsinstrument des NS-Regimes. Von seinen Anfängen bis zu seinem Untergang konnte es sich auf die Polizei stützen.“ – Am Abschlussstag der Ausstellung legt die VVN-BdA ihre Broschüre „Es begann nicht mit der Borussenfront“ vor, die ebenfalls viel über das Wirken der Polizei – leider oft zugunsten der Nazis und Neonazis – aussagt. .

Erinnerung an die Zwangsarbeiter und an Wilhelm Knöchel

□ Am 20. Dezember 2015 wird von Ulrich Sander das Protokoll seiner Recherchen zur Zwangsarbeit vorgelegt. »Der Iwan kam bis

Lüdenscheid« berichtet über die NS-Zwangsarbeit in Südwestfalen. Diese hat exemplarischen Charakter. Der Iwan kam

auch bis Bochum und Dortmund könnte dieses Buch auch heißen. Jede andere Stadt in Deutschland wäre wohl ebenso geeignet, denn ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion und anderen besetzten Ländern wurden im Faschismus gleich millionenfach nach Deutschland verschleppt.

□ Am 10. Februar 2016 ist das „Friedensmanifest der westdeutschen Friedensbewegung“ erneut erschienen, ein Dokument aus dem Widerstand. Den Wortlaut des Friedensmanifests vom 6. Dezember 1942, verfasst von Wilhelm Knöchel (KPD-Leiter im Inland) und veröffentlicht in „Der Friedenskämpfer“, Januar 1943, legt die VVN-BdA Dortmund erneut vor. Gefordert wird die öffentliche Ehrung für Wilhelm Knöchel.

□ Mai 2016: Ein Brief an die Kinderseite der Ruhrnachrichten. Der Grund: Die in vielen Städten des Ruhrgebiets dominierenden Ruhrnachrichten berichten auf ihrer Kinderseite am 14. Mai über die am 4. Juni geplante bundesweite Nazidemonstration in Dortmund und den Protest dagegen. Nazis und Protestierende werden in den Berichten auf eine Stufe gestellt. Die Überschrift der RN lautet: „Sorge wegen Gewalt am 4. Juni

– Rechts- und Linksradike werden in Dortmund demonstrieren“. Senioren aus der VVN-BdA verurteilen diese Stimmungsmache. Traute Sander ermutigt die Schüler zum Protest und schreibt: „Liebe Mitarbeiter der Kinderseite der RN! Kürzlich haben wir einen Text für Kinder und Jugendliche gemacht, der als Flyer der Gruppe ‚Kinder des Widerstandes‘ erscheinen soll, der wir angehören. Wiederholt sind wir in Schulen vor Jugendlichen aufgetreten und wir sind gut aufgenommen worden. Wir haben berichtet, dass unsere Eltern Kommunisten waren und wir ebenfalls Linke sind.“ Wörtlich: „Ich bin bei den ‚Kindern des Widerstandes‘ weil ich möchte, dass unsere Kinder und Enkel und all die anderen aus den nachfolgenden Generationen die antifaschistische Vergangenheit z. B. meines Vaters kennenlernen und daraus für ihr Leben lernen. Als mein Vater Schüler war, so alt wie die Jugendlichen heute, da wurde er für seine Ideen verfolgt und eingesperrt (dreieinhalb Jahre KZ und Zuchthaus). Er wollte Kriege und Unheil verhindern. Heute gilt es neue Rechtsentwicklungen und Kriege zu bekämpfen und die Demokratie zu verteidigen bevor es so kommt wie von 1933 bis 1945.“

Für Frieden mit Russland

□ Juni 2016: Wie weiter nach dem 4. Juni in Dortmund? Diese Frage wird unter dem Motto „Der gemeinsame Widerstand muss organisiert werden“ erörtert. Zwischen 5000 und 6000 Menschen haben am 4. 6. 16 gegen den Aufmarsch von 900 Neonazis protestiert, so viele wie lange nicht mehr! Das ist die positive Bilanz des Tages. Aufhalten konnten sie die Nazi-Demo allerdings nicht.

□ Am 22. Juni 2016 beteiligt sich die VVN-BdA NRW an einer Gedenkkundgebung in Dortmund-Brackel (Ausländerfriedhof) unter dem Motto „Kein Friede in Europa ohne Frieden mit Russland“. Es ist der 75. Jah-

restag des 22. Juni 1941, an dem Hitlerdeutschland die Sowjetunion überfiel. Unter Bezugnahme auf die scharfe Kritik von SPD-Politikern an der deutschen Russlandpolitik fordert eine Vertreterin der nordrhein-westfälischen VVN-BdA und der Friedensbewegung auf der Dortmunder Erinnerungskundgebung die ehemaligen Teilnehmer der großen deutschen Friedensbewegung dazu auf, wieder zusammenzufinden. Die gefährlichen NATO-Provokationen an der Grenze zu Russland, die von der Bundesregierung unterstützt werden, müssten beendet werden.

Breites Bündnis „Es reicht“ entsteht

□ 21. August 2016 das von der VVN-BdA unterstützte Bündnis BlockaDO demonstriert unter der Losung „Es reicht“ gegen rechte Gewalt. 800 Menschen demonstrieren gegen rechte Gewalt in der Dortmunder Innenstadt und in Dorstfeld. Nazis zeigen offen Gewalttätigkeit. Viele Menschen aus

verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Fußballfangruppen schließen sich der Demonstration „Es reicht“ gegen rechte Gewalt in Dortmund an. Die Demonstration zieht friedlich von der Dortmunder Innenstadt vorbei am Westpark, wo kurz zuvor ein Mordanschlag von drei Vermummten auf ein Mitglied der LINKEN ver-

übt wurde, durch das Unionviertel und nach Dortmund-Dorstfeld.

□ Am 30. November 2016: Filmveranstaltung mit „Der Rosengarten“ von Fons Rademakers über die ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm (KZ Neuengamme). Dies ist die 15. Veranstaltung im Rahmen der Filmseminare der VVN-BdA Dortmund.

□ 17. Dezember 2016 Für die Auflösung der angeblichen Partei „Die Rechte“ spricht sich die Jahreshauptversammlung der VVN-BdA Dortmund aus. Sie sieht in der Zulassung faschistischer Propaganda einen Verstoß gegen das Grundgesetz und das internationale Recht. Die VVN/BdA Dortmund begrüßt das 2012 endlich ausgesprochene

Verbot sog. „freier“ und „nationaler“ Kameradschaften. Gleichzeitig fordert die VVN-BdA Dortmund, die Partei „Die Rechte“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen Kameradschaften ebenfalls zu verbieten. Zudem wird verlangt, dass die Zulassung faschistischer Propaganda als angebliche „Meinungsfreiheit“ aufgehoben wird. Der Landesinnenminister von NRW hat in Bildungsmaterialien für die Schulen, die Losung „Der Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ als Behinderung der Meinungsfreiheit darstellt. „Faschistische Propaganda dürfe jedoch niemals als Meinungsfreiheit durchgehen!“ Die Versammlung beschloss ein umfassendes Arbeitsprogramm für 2017.

Anhang:



17 Jahre Bündnis Dortmund gegen Rechts - eine sehr kurze Zusammenfassung - Von Ula Richter

Gegründet Karfreitag 2000 nach einer Hetzjagd von Neonazis auf Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft in der Nordstadt. 2000 war das Jahr, in dem die Neonazis mit mehreren Großdemonstrationen Dortmund ins Visier nahmen, das Jahr, in dem der Neonazi Berger drei Polizisten erschoss, und obwohl sie, sei es als NPD, FAP oder Borussenfront schon lange ihr Unwesen in Dortmund trieben, war es rückblickend das entscheidende Jahr für den Aufstieg der braunen Brut. Das Bündnis Dortmund gegen Rechts (BDgR), breit aufgestellt mit ca. 30 Organisationen, hielt mit zahlreichen Demonstrationen und Aktionen dagegen.

2003, in Vorbereitung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ verließen DGB, Ev. Kirche und ihnen nahestehende Organisationen das Bündnis Dortmund gegen Rechts und gründeten etwas später den „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus“, eine Entscheidung, die die Arbeit gegen Rechts eschwerzte und schwächte. Erst mit der Gründung der „Koordinierungsstelle für Vielfalt und Toleranz...“ viele Jahre später kam es wieder zu einer Annäherung der Bündnisse.

Das BDgR arbeitete mit den verbliebenen Organisationen, die eher aus dem linken Spektrum kommen und vielen engagierten Einzelpersonen weiter. Seine Schwerpunkte sind weiterhin:

- Aufklären: über Wurzeln, Ideologie, Ziele und Erscheinungsformen, über Lifestyle und Musik, über Verbindungen zu anderen rechten Organisationen und Parteien, über die Rolle der Frauen im braunen Netzwerk u.s.w. Dazu gab es pro Jahr mindestens 4 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen.
- Erinnerungsarbeit: mit antifaschistischen Spaziergängen, Konzerten (Esther Bejarano in der Reinoldikirche), (für die Sinti u. Roma im Wichern) Lesungen und Filmen, Besuch der Stolpersteine, jährliches Gedenken am Stein für die Sinti und Roma ...
- antifaschistische Kultur im Öffentlichen Raum, Kunstaktionen, Straßentheater, mobiles Denkmal (mit weißen Koffern und weißen Schuhen auf schwarzem Tuch mit Schauspielern des Theaters) für die Opfer des Holocaust am 27.1., Malaktion „den Opfern einen Namen geben“, für die seit 1990 von Neonazis Ermordeten, Installation zur Bücherverbrennung, Antikriegsaktionen beim Friedensfestival des DGB, Installation „Scherbenspur“ zur Reichspogromnacht, „Saubermachspaziergänge“ durch Dorstfeld, Aktionen vor den Nazi-Läden in Dorstfeld.

Schwerpunkt unserer Arbeit ist eindeutig die Aktion gegen Rechts. Eigene Gegendemonstrationen gegen Nazi-Aufmärsche haben wir bis 2012 durchgeführt, so die „Kultour“ 2010 durch die Nordstadt mit einer rollenden Bühne mit Musikgruppen und Schauspielern, die an verschiedenen Standorten Halt machte, Besetzen der Stolpersteine, um Nazi-Routen zu verhindern, so in Brackel, in Ost und in Hörde. Seit „BlockaDo“ und der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus verstärkt das Anmelden von Gegendemonstrationen übernommen haben, verzichten wir auf eigenes Anmelden.

In der Kampagne „Es reicht! Rechte Gewalt stoppen“ sehen wir einen wichtigen Schritt zu gemeinsamen Vorgehen gegen die braunen Gewalttäter und arbeiten in dieser neuen Initiative aktiv mit.

Seit 2015 ist die Solidarität mit den Flüchtlingen ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit geworden. Allerdings können wir keine ständige Betreuungsarbeit leisten, sondern mit ihnen im Rahmen unserer Möglichkeiten kleine und größere Feste und Ausflüge organisieren, die sie aus ihrem schweren Alltag herausholen und Solidarität erfahren lassen. Unser Partner ist dabei der Verein „Flüchtlingspaten“.

Unsere Kampagne „Partei „Die Rechte“ verbieten“ schließen wir mit Ende 2016 und fast 4000 Unterschriften vorerst ab und hoffen, dass der Innenminister NRW sich in dieser Sache endlich bewegt.